

# deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 46 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, den 24. Februar 1934

Chefredakteur: M. Braun

## Aus dem Inhalt

- Wie Koloman Wallisch gefangen wurde Seite 3
- Der beleidigte Reichspräsident Seite 3
- Industrie und Handelsjammer Seite 4
- Wie gehts der Nazi-Intelligenz Seite 5
- 1000 Franken Belohnung (Der geheimnisvolle Mord an Gerichtsrat Prince) Seite 8

## Mussolini droht Hitler

### Sturm in der italienischen Presse — Oesterreich und Ungarn als italienische Vasallen — „Mit bewaffneter Hand“ gegen den Anschluß

Rom, 23. Febr. Die Rede des Staatssekretärs Savio nach Budapest ist nach den Meldungen der italienischen Zeitungen erfolgreich gewesen. Es ist ein außenpolitisches Abkommen zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn beschlossen worden, das etwa Mitte März durch Mussolini, Dollfuß und Gombos in Rom unterzeichnet werden soll. Die Vereinbarung bringt die drei Staaten ebenso eng zusammen, wie die Staaten der Kleinen Entente untereinander verbunden sind. Die Presse hebt hervor, daß damit ein unübersteigbarer Wall gegen die Expansionsbestrebungen Deutschlands gegenüber Oesterreich aufgerichtet sei.

Die Sprache der Zeitungen gegen das nationalsozialistische Deutschland ist schon seit mehreren Tagen von nicht zu überbietender Schärfe und ist insbesondere durch das „Ultimatum“ des deutschen Reichstagsabgeordneten Habicht an Dollfuß gesteigert worden. „Popolo di Roma“ verlangt, daß man Habicht in die Zwangsjacke stecke. Mehrere Zeitungen meinen, durch die Rede Habichts sei noch einmal deutlich erwiesen, daß die deutschen Nationalsozialisten sich in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs mischten. Der „Messaggero“ schreibt: „Mit einer Tollkühnheit, die alle Merkmale der Beschränktheit zeigt, hat derjenige, welcher die Naziformationen in Oesterreich kontrolliert, Dollfuß den Befehl gegeben, sich dem Willen des Nationalsozialismus zu fügen. Dieses Beispiel eines Versuchs einer Persönlichkeit, die als der Dolmetsch der Ansicht einer anderen Regierung anzusehen ist, durch Terror die Regierung eines freien Landes zu erdrücken, ist in den Annalen der Diplomatie als ganz Neues. Doch in Berlin mißt man ein für allemal bescheiden, daß Herr vom Typ Habicht nicht geeignete Instrumente sind, um eine so schwierige Situation zu klären.“

Durch die ganze italienische Presse gehen Angriffe, die Deutschland ganz energisch warnen, seine Hände auf Oesterreich zu legen. Niemand noch seit der Machtergreifung Hitlers ist Deutschland hier so schwer angegriffen worden und viele sagen, daß die Freundschaft der beiden Länder nahe daran ist, am Felsen Oesterreich zu zerbrechen. „Die in der Frage Oesterreich von den drei Großmächten in ihrer Entscheidung niedergelegte Gemeinsamkeit der Gesichtspunkte“, so schreibt der Herausgeber des „Giornale d'Italia“, Virginio Gayda, in einem von der Regierung inspirierten Artikel, „berichtet den Weg für eine Demonstration der gemeinsamen Haltung und auch der Aktion, wenn sich das als nötig erweisen sollte.“

Es besteht hier kein Zweifel darüber, daß die zu gefährlich sich ähnelnde Nazibewegung in Oesterreich von deutschen Elementen geleitet wird. Auch die Waffen und Explosivstoffe,

durch die Menschen in Oesterreich getötet wurden, stammen mindestens zum Teil aus Deutschland.

Italien ist kein Gegner einer gerechten Vertragsrevision, sondern es wünscht sie. Aber Revision heißt nicht, daß jeder tun kann, was er will. Für Italien gibt es nur eine gemeinsame und angemessene Wiederherstellung von Ländern und Gebieten nach den anerkannten Prinzipien der Gerechtigkeit. Dabei wird sich Italien in keiner Weise der Pflicht und Verantwortung entziehen, die ihm als Großmacht auferlegt ist.“

In einer Polemik gegen die „Frankfurter Zeitung“ schreibt „Lavoro Fascista“:

„Deutschland muß wissen, daß Italien ein befreundetes Land ist, und Italien gibt seine Freunde nicht leichtlich auf. Aber die Frage der Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit Oesterreichs wie auch die Frage der deutschen Einmischung in die inneren Verhältnisse Oesterreichs sind nicht Fragen des Augenblicks, Fragen also, die vorübergehen. Wir wiederholen noch einmal, daß die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Oesterreichs ein Grundstein der faschistischen Politik sind.“

### „Meerschweinchen und Riesenschlange“

Budapest, 23. Febr. Die Zeitungen begrüßen das Abkommen zwischen Italien, Ungarn und Oesterreich. „Vester Pion“ und „Vesti Hirlap“ stellen mit Genugtuung fest, daß zwei der Großmächte, nämlich Italien und Frankreich, die Unabhängigkeit Oesterreichs auch mit bewaffneter Hand zu schützen bereit seien.

„Vesti Hirlap“ legt im Leitartikel, ein Anschluß sei rechtlich unstatthaft, da er gegen eine Reihe von Bestimmungen verstoße, er sei aber auch moralisch unzulässig, weil seit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland jede Partei in Oesterreich die Unabhängigkeit fordere und in dieser Beziehung geradezu ein Wettstreit herrsche. Man erkenne nunmehr die Richtigkeit des seinerzeitigen Wortes des Grafen Adalbert Sternberg, der sagte, der Anschluß Oesterreichs wäre der Zusammenschluß eines Meerschweinchens mit einer Riesenschlange. Im weiteren Verlauf tritt das Blatt für ein engeres österreichisch-ungarisches Zusammenarbeiten ein. Falls man Oesterreich und Ungarn einander nicht näherbrächte, würde dies eine Preisgabe der beiden Länder an Deutschland bedeuten.

## Kulturkampf proklamiert

Der Nationalsozialismus fordert weltanschauliche Totalität — Unversöhnlicher Gegensatz zum Katholizismus — Schwerste Gefährdung des Konkordats

Von Andreas Howald

Alfred Rosenberg, Deutschlands kulturpolitischer und weltanschaulicher Diktator, sprach am Donnerstagabend am deutschen Rundfunk. Man vernahm eine schwere Stimme mit östlichem Beiklang, eher im slavischen als im germanischen Urwalde gebildet. Immerhin: dieser Deutsch-Balte, der das ankenpolitische Amt der NSDAP. verwaltet und sich als oberster Ideenbildner seiner Bewegung höchster Autorität erfreut, ist des Anhörers wert. Sein Buch „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ (Rosenberg schreibt Mythos, nicht Kultus, wie es richtig heißt, vermutlich, um seine Abneigung gegen levantinisch-griechisches Spracherbe zu bezeugen) gehört zu den amüßlich befohlenen Standardwerken. Er sprach in der Kroll-Oper, die heute gelegentlich den „braunen Reichstag“ überbergt, und vor ihm sah mit andächtig gerunzelter Stirn auch der Herr Reichskanzler, der Rosenberg, den getreuen Begleiter auf Bildungsfahrten, in den Sattel gesetzt hat, auf dem er heute reitet.

Rosenbergs Thema lautete: „Der Kampf um die Weltanschauung“. Eine bessere Uebersicht über den Mann und seine Gedanken war nicht denkbar. Wer erkennen will, welsch geistiger Einbruch den politischen Sieg des Nationalsozialismus begleitet hat, der wird neben Rosenbergs Buch diese Rede aufs ernste beachten müssen. Es ist durchaus richtig, daß es heute nicht mehr um die Probleme der politischen Verlagerung geht. Hier steht man vor Tatsachen, die man mit ebensolcher Kraft, wie sie geschaffen wurden, überwinden muß. Der Anspruch des Nationalsozialismus, eine echte Weltanschauung zu sein und als solche anerkannt zu werden, berührt jeden deutschen Menschen in seinen letzten seelischen Entscheidungen und religiösen Bindungen. Hier gibt es, das ist der Extrakt des Rosenbergschen Bekenntnisses, kein Hüben und Dräben mehr. Andere Weltanschauungen, ob sie in kirchlichen Organisationen gebunden sind oder nicht, werden in aller Kürze vor der Frage stehen, ob sie im Bereich des Nationalsozialismus auch noch eine Spur jenes Eigenlebens behaupten können, das sie in Jahrhunderten gebildet haben und mit dem sie gewachsen sind.

Wir sind daran gewöhnt, daß jede nationalsozialistische Versammlung mit der Feststellung der Ohnmacht und der Rippenwertigkeit aller Gegner beginnt. Rosenbergs Panegyrik zum soundssovielten Male den Lindwurm Marxismus in den Staub, bis er blutend den letzten Seufzer verhauchte. Man hört nicht auf, darüber zu staunen, welche Fülle von Unwissenheit oder besser: Verlogenheit über den Marxismus verbreitet wird. Rosenberg behauptete, daß der Solidaritätsgedanke des Marxismus die Art an die Lebenswurzel des deutschen Arbeiters gelegt habe. Arbeiter, Bauer und Handwerker seien, so sagte er, mit ihrem Schicksal unlosbar an Blut und Boden gebunden. International seien im Verlauf der Weltgeschichte immer nur Gaukler, Scharlatane und Volksbetrüger gewesen.

Wir kennen gewisse Schwächen des Marxismus sehr gut. Wir wissen, daß er vor allem in seinen späteren Ausdeutungen, die Theorie vom geschichtlichen Werden oft über die Erkenntnis des lebendigen Menschen gestellt hat. Niemand aber wird ihm das epochale Verdienst bestreiten wollen, daß er es war, der den großen Erlösungsdrang des vom Kapitalismus getretenen Proletariats zuerst zur Abwehr gegen die Uebermacht der anderen gesammelt und geformt hat. Ohne den Marxismus — es versteht sich, daß Herr Rosenberg unter ihm auch die klassenkämpferischen Gewerkschaften meint — stände die Arbeiterschaft in aller Welt noch dort, wo sie in der Frühzeit des Kapitalismus gestanden hat. Nie hat der Marxismus aufgehört, die Entwurzelung und Heimatlosigkeit des Arbeiters, also seine Entfremdung von Blut und Boden, zu bekämpfen. In unzähligen marxistischen Schriften kann Herr Rosenberg nachlesen, daß der Kampf nicht anderem als der Rückgewinnung dieses verlorenen Gutes gegolten hat und weiter gilt. Nicht die „Minderwertigkeit“ hat der Marxismus gepredigt, zu welcher Behauptung sich Herr Rosenberg gleichfalls verflieg. In seinem letzten Ziel ging es und geht es ihm um eine Neuordnung und Höherführung der menschlichen Gesellschaft, die sinnlos wäre ohne die freie Entfaltung der Persönlichkeit, gebunden an die Interessen der Gesamtheit.

Origineller ist Rosenbergs Behauptung, daß im Verlauf der Weltgeschichte international nur Gaukler, Scharlatane und Betrüger gewesen seien. Daß Rosenberg in tiefstem Grunde seines Herzens auch Jesus Christus zu dieser Kategorie weltgeschichtlicher Erscheinungen rechnet, ist hinlänglich bekannt. Die Apostel, die Heiligen, Päpste, die „im Verlauf

## Ueber Rom nach Paris

### Edens Rüstungsreise

#### Der alte Abgrund

Paris, 23. Februar.

Vordirektorbewahrer Eden hat in Berlin insofern einen Erfolg erzielt, als es ihm gelungen ist, die britische Abrüstungsdenkschrift nicht nur zur Grundlage der Besprechungen mit der deutschen Reichsregierung zu machen, sondern auch zu erreichen, daß die Reichsregierung sich im wesentlichen auf die Vorschläge dieser Denkschrift zurückgezogen hat. Allerdings hat der Reichskanzler auch in den Konferenzen mit Eden noch immer kategorisch abgelehnt, an den Verhandlungstisch nach Genf zurückzuführen und jede allgemeine neue Konferenz über die Abrüstung als für Deutschland untragbar erklärt. Da Frankreich auf der Fortführung der Genfer Verhandlungen besteht und Verhandlungen über die Abrüstung zwischen den europäischen Großmächten mit Rücksicht auf seine stillen Verbündeten ablehnt, ist noch nicht zu erkennen, welchen unmittelbaren praktischen Erfolge die Berliner Unterhaltungen haben sollen.

Auch in den militärischen Einzelheiten ist, vom französischen Standpunkt aus gesehen, keine Annäherung erfolgt. Deutschland erhebt Forderungen auf den Umfang einer Luft-

flotte, die Frankreich aus Sicherheitsgründen nicht glaubt zugelassen zu können. Deutschland verlangt ferner 300 000 Mann eines kurz dienenden Heeres und bezeichnete auch in den Gesprächen mit Eden diese Forderung als eine Mindesthöhe, die nur einstweilen gelten und gesteigert werden soll, wenn nicht nach dem Ablauf der in Aussicht genommenen Konvention die anderen Staaten entsprechend abgerüstet sind. Ferner beharrt Deutschland auf dem Standpunkt, die SA. und SS. hinsichtlich ihres militärischen Charakters wohl einer paritätischen Nachprüfung unterziehen zu lassen, lehnt aber ab, diese Militärtruppen auf das stehende Heer anrechnen zu lassen. Ferner verlagert sich Deutschland nach wie vor der französischen These auf eine gewisse Probezeit oder Bewährungsfrist. Für die Dauer der in Aussicht genommenen Konvention hat England zehn Jahre, Italien 6 Jahre, Deutschland 4 Jahre vorgeschlagen. Man würde wohl bereit sein, sich auf 6 Jahre zu einigen.

Vordirektorbewahrer Eden wird nun über Rom nach Paris zurückfahren, um dort auf Grund seiner Berliner und italienischen Besprechungen weiter zu verhandeln. Die Wahrheit ist: Weder die Reichsregierung noch die französische Regierung habe den Eindruck, daß es Eden gelingen wäre,

Fortsetzung siehe 2. Seite

der Weltgeschichte" im ganzen Erdenrund anerkannt wurden, stehen bei ihm in einer Reihe mit dem landläufigen deutschen Juden Karl Marx aus Trier und dem Elberfelder Fabrikantensohn Friedrich Engels. Die päpstlichen Enzykliken, die die Verleihen des Marxismus bekämpfen, haben nicht verhindert, daß ihre hierarchischen Autoren zuletzt vom Nationalsozialismus mit Karl Marx auf die gleiche Arme-sünderbank gesetzt worden sind.

In welcher Weise Rosenbergs die Wahrheit enthüllt, dafür nur ein einziges Beispiel am Hande. Er behauptete am Donnerstag, daß der Marxismus ein hingeworfenes Wort des französischen Utopisten Proudhon aufgearbeitet und erklärt habe: „Eigenum ist Diebstahl“. In Wahrheit war Marx ein Gegner Proudhons und seiner Lehren, die er mit heftigem Sarkasmus bekämpfte. Niemals haben sich Marx und der Marxismus ein solch törichtes Wort zu eigen gemacht. Immer war der Eigentumsbegriff für sie ein geschichtliches Phänomen, abgewandelt durch die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der menschlichen Entwicklungsabschnitte, anders im Mittelalter als in der Ära des Kapitalismus, der den Arbeiter vom Eigentum entfremdete und ihm nichts ließ als die nackte Arbeitskraft. Jedes hat es wenig Sinn, gegen Rosenbergs mit der Wahrheit und mit der Wahrschaffigkeit zu operieren. Er braucht den Unfuh und die Füge als Fundamente für den Aufbau seiner Ideen, die im strahlenden Westirn vor dem vergaudenten Volke aufleuchten müssen.

Welche Theorien? Man kennt sie hinreichend. Rassenkunde, neue Geschichtsauffassung, die menschliche Größe danach ermißt, mit welcher Kraft und Vollkommenheit sie die hohen Werte des germanischen Ehrgeföhls beschränkten; unbekannt ist nicht, daß Karl der Große, der Begründer der germanisch-germanischen Sachsen heute in der nationalsozialistischen Geschichtslehre eine vernichtende Junktur und der fühne Person Wludind teutonisches Heldenformat bekommt, das nur mit demjenigen von Adolf Hitler vergleichbar ist.

Von unmittelbarer und aktuellerer Bedeutung sind Rosenbergs Äußerungen über die Beziehungen des Nationalsozialismus zum religiösen Leben und zu den Kirchen. Er will im nationalsozialistischen Staat jedes echte religiöse Bekenntnis, „das nicht den germanischen Werten widerspricht“ anerkennen und schützen. Das klingt nach etwas, ist aber in Wahrheit die Forderung nach absoluter Ausschließlichkeit der nationalsozialistischen „Weltanschauung“. Rosenbergs liebt selbst keinen Zweifel darüber, wie es gemeint ist:

„Wenn ein Nationalsozialist das Braune anzieht, hört er auf, Katholik, Protestant, Deutschkirchler usw. zu sein. So sehr die nationalsozialistische Bewegung sich von allen Dogmenjahren fernhält, so ist sie doch empfindlich, wenn auf der anderen Seite deutsche Geschichte und große Deutsche der Mißachtung preisgegeben werden sollen. Wenn in diesen Tagen ein Kirchenglied sich auf das Wort der deutschen Geschichte und Vorsehung bezieht, so ist er her genau so zu verurteilen wie jeder andere Deutsche, sei er Gelehrter oder Laie. Wir empfinden es mit der deutschen Geschichtsauffassung als unverträglich, wenn von dieser Stelle fast unverblümt den Germanen ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie die Römer aus dem Teutoburger Walde geschlagen hätten... Wenn es schließlich in derartigen Erklärungen heißt, daß uns Christus und nicht vor dem ruffischen Heidentum bewahrt hätte, um uns jetzt in einem germanischen Heidentum verfallen zu lassen, so entsteht durch derartige und autoritätsgemäße kirchlichen Munde kommenden Äußerungen die Gefahr, daß die Dinge dieser Zeit in einer falschen Perspektive gesehen werden.“

Man weiß, wer und wessen „falsche Perspektive“ gemeint ist. Rosenbergs zielt auf Kardinal Franke über ihn hinaus jedoch, den entscheidenden Sägen seines Buches gemäß, auf die katholische Kirche und die religiös-weltanschaulichen Ansprüche des Papsttums unter seiner gläubigen deutschen Gemeinde. Schon in der einfachen Tatsache, daß sich der Nationalsozialismus selbst als Weltanschauung bezeichnet, liegt ein unüberwindlicher Widerspruch und Gegensatz. Es gibt in den letzten seelischen Bezirken für jeden Menschen nur eine Weltanschauung. Würdigen sie der Nationalsozialismus, so hat neben ihm die Kirche keinen Raum mehr. Darum ist der Konflikt mit ihr, allen Konfessionen zum Trost, unvermeidbar. Das italienische Beispiel kann hier nicht herangezogen werden, weil der italienische Faschismus als staatspolitische Idee auch nicht im Entferntesten versucht hat, seine Fote bis in die letzten Seelenlasten der ihm zugehörigen Menschen zu werfen. Kein deutscher Priester kann, wenn er die Vorsehung Rosenbergs anerkennt, noch die Geschichte deutscher Kirchenheiliger und Märtyrer verständigen. Hinter ihm steht der braune Büttel, der ihn wegen Beeinträchtigung „germanischer Werte“ schnell zu Schußhaft und zu Gefängnis verurteilen kann.

Für die katholische Kirche gab es und gibt es eben noch viel höhere und größere Werte als die „nationale Ehre“. Sie weiß auch zweltausend Jahre aller Erfahrung, welche verheerendes Spiel mit diesem Begriff gespielt werden kann. Die Universalität des Katholizismus würde sich selbst preisgeben, wenn sie mit Rosenbergs darin übereinstimmte, daß es vor Gott nichts Höheres gebe als das „ewige Deutschland“.

Die schroffen und unabweidlichen Formulierungen des deutschen Weltanschauungsdiiktors lassen, wenn man sie recht betrachtet, nur eine einzige Deutung zu. Sie sollen das Gelände für den Kulturkampf fürmreif machen, der nahezu unausbleidlich ist. Wer etwa noch in der Rede Rosenbergs ein paar Fäden entdeckt, der wird eines anderen belehrt, wenn er die Vorsehungen hymnen liest, die man Rosenbergs in der nationalsozialistischen Presse anlässlich seiner großen Rede gewidmet hat. Umraut von Pathoschmuck schreibt der Rliner „Wochenblatt“ in einem Veltatrag vom 2. Februar: „Mit einem überaus spannenden Worten die Millionen des deutschen Volkes heute auf diese für die zukünftige Gestaltung der deutschen Weisheitsrevolution maßgebenden Ausführungen des Vertrauensmannes des Führers. Diese Rede wird den bedingungslosen Totalitätsanspruch der nationalsozialistischen Bewegung auf allen Gebieten des geistlichen, des politischen und kulturellen Lebens unseres Volkes verkünden.“

Diese Sätze wurden geschrieben im „deutschen Rom“, am Stie eines der bedeutendsten Kardinals. Sie sind eine Wurf-schleuder, die ihr Ziel nicht verfehlen wird. Zwei Mächte stoßen aufeinander, von denen jede den ganzen Menschen beanspruchen will. Die Spottworte des Mephistopheles, damals

Fortsetzung von Seite 1.

Frankreich und Deutschland einer Verständigung näher zu bringen. Die Taktik des Reichsanzlers und seiner Minister ist nur darauf gerichtet, eine psychologische Entspannung zwischen Deutschland und England herbeizuföhren.

Der Berichterstatter des „Matin“ schreibt, daß die amtliche Verlautbarung nicht die Befürchtung einer pöhlischen Meinungsüberstimmung zwischen England und Deutschland ankommern lasse. Der „Jour“ stellt fest, daß Deutschland seine Auffassung nicht geändert habe. Man müsse die Fortsetzung der Besprechungen Edens in Rom abwarten, um den Epitomisimus beurteilen zu können, den man in amtlichen deutschen Kreisen an den Tag legt.

## „Nicht mehr ganz so schwierig“ Die Meinung der „Times“

DNB. London, 23. Febr. Der Berliner Berichterstatter der „Times“ sagt: Der Eindruck, daß der freundschaftliche und gründliche Meinungsaustausch Edens in Berlin einen sehr geeigneten Wert hatte, ist durch die letzten Besprechungen womöglich noch verstärkt worden. Edens Mission beschränkte sich darauf, die Haltung der Regierungen gegenüber der britischen Abrüstungsdeklaration zu sondieren und festzustellen, auf welcher Grundlage weitere Verhandlungen zweckmäßig seien. Es kann kaum behauptet werden, daß die Aussichten zunächst sehr rosig waren. Es bestand durchaus die Möglichkeit, daß sehr wenig Brauchbares für eine Verhandlungsgrundlage entdeckt werden würde. Bei Abschluß des Berliner Besuchs kann erklärt werden, daß dies nicht der Fall ist. Der Hauptwert der Besprechungen ist, daß Edens jetzt die deutsche Haltung in der Frage der Luftwaffe, der Z.A. und Z.S. usw. in allen Einzelheiten kennt. Der deutsche Standpunkt ist vollkommen klar, und es darf mit einiger Zuversicht gesagt werden, daß das Problem trotz der Aufrichterhaltung gewisser Forderungen nicht mehr ganz so schwierig aussieht wie vorher. Es ist anscheinend ganz sicher, daß Deutschland aufrichtig an dem Abschluß eines Abkommens interessiert und bereit ist, im Rahmen des Möglichen dabei mitzuhelfen. In deutschen Äußerungen zeigt sich die Neigung, anzunehmen, daß eine französische Zustimmung zu den britischen Abrüstungsvorschlägen so gut wie ausgeschlossen ist und daß der einzige mögliche Kurs in Richtung einer furaktiven Regelung liegt, die die Maßnahmen so lange begrenzt, bis sich die Aussichten für eine wirkliche Vermittlung bessern haben. Auf diese Annahme ist es anscheinend zurückzuführen, daß die Deutschen sich der voranschreitenden schlußartigen Galtigkeit des Abkommens widersetzen und dem italienischen Sechsjahresplan zuneigen. Es muß aber beachtet werden, daß diese Annahme bei Edens Berliner Besprechungen keine Rolle gespielt hat. Die Besprechungen sind nicht auf der Grundlage der britischen Denkschrift mit ihren Abrüstungsbestimmungen geführt worden, die zum mindesten von der französischen Regierung bis jetzt nicht abgelehnt worden sind. Es darf als erwies betrachtet werden, daß der gleiche Grundtat auch die Besprechungen in Rom beherrschen wird.

## London mimt Optimismus

DNB. London, 23. Febr. Die Freitag-Morgenblätter spiegeln den günstigen Eindruck wieder, den der Vordiegelebewahrer Edens bei seinen Besprechungen in Berlin mit den deutschen Staatsmännern empfangen hat. So berichtet der Berliner Korrespondent der „Daily Mail“, daß Edens sehr zufrieden sei. Die Deutschen hätten die britische Denkschrift nicht abgelehnt, wenn es auch Punkte gebe, die die deutsche Regierung nicht annehmen könne. Man habe den Eindruck, daß Deutschland aufrichtig den Abschluß einer Konvention wünsche. Edens werde Berlin mit einer deutlichen Vorstellung von dem deutschen Standpunkt verlassen, und zweifellos habe er eingeschrieben, daß Deutschlands Wünsche nach Sicherheit

der Kirche und der scholastischen Philosophie gewidmet, haben in der Ära des Nationalsozialismus einen neuen und tiefen Sinn bekommen:

Da wird der Geist euch wohl dreifert,  
in spanische Stiefel einzacknürt,  
daß er bedächtiger so fortan  
hinschleiche die Gedankenbahn,  
und nicht etwa die kreuz und auz,  
irrtüchtere hin und her.

Die spanischen Stiefel sind heute braun. Sie erheben heute nicht nur den Anspruch auf Verbrennung und Rasse. Sie trampeln jeden nieder, der ihnen in den Weg tritt. Hinter jedem Prunfische Rosenbergs liegen die Abläge unzähliger Stiefel hervor.

## Baldurs Befehl:

### Totalitätsanspruch der HJ!

Der Führer der Hitler-Jugend hat grundlegende Erklärungen über den weiteren Ausbau und die Organisation der HJ. gemacht, in denen es unter anderem heißt, daß durch das Prinzip der besseren Leistungen die ganze deutsche Jugend in die Hitler-Jugend eingegliedert worden sei. Lediglich der Block der katholischen Jugendorganisationen bestehe noch auherhalb, aber ehe das Jahr 1934 zu Ende gehe, würden auch sie in die Hitler-Jugend eingegliedert werden. Ausdrücklich unterstrich der Jugendführer, daß der Geist der Hitler-Jugend keinesfalls durch konfessionelle Konflikte zerstückt werden dürfe.

## Unterjochung des Protestantismus

### Exempel aus Hessen Serienweise entlassene Geistliche

Das Geleit- und Verordnungsblatt der neuen Landesrechte Nassau-Hessen veröffentlicht die Verordnung und Geleit, die die Ueberleitung in die neuen Verhältnisse regeln. Die Dienstverhältnisse der Geistlichen werden entsprechend denjenigen der Staatsbeamten geregelt. Danach können Geistliche, die nach ihrer bisherigen Betätigung nicht die volle Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rüchhaltig für die Deutsche Evangelische Kirche und den nationalen Staat eintreten, in den Ruhestand versetzt werden. Geistliche, die nichtarischer Abstammung sind oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet sind, sind in den Ruhestand zu versetzen. Es gelten hier nur die staatlichen Ausnahmen. Der Landesbischof kann im Interesse des Dienstes jeden Geistlichen versetzen, beurlauben oder in den einseitigen Ruhestand versetzen. Geistliche können ferner nach Vollendung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt werden.

und Gleichheit in sehr maßvollen Formen Ausdruck finden. Eden sei auch besonders über die freundschaftliche Haltung erfreut, die Reichsanzler Adolf Hitler ihm gegenüber gezeigt habe. Der Vordiegelebewahrer sei, wie verlautet, der Meinung, daß sein Besuch in Berlin sehr nutzbringend gewesen sei.

In der Darstellung der „Morning Post“ heißt es, Eden habe einen tiefen Eindruck von den Bemühungen erhalten, die das deutsche Auswärtige Amt gemacht habe, um den britischen Standpunkt richtig zu würdigen.

Der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“ betont, unter den zahlreichen internationalen Konferenzen der letzten Zeit sei keine, auf der von Anfang bis zu Ende eine größere Harmonie geherrscht habe. Von maßgebender Seite werde erklärt, daß viele falsche Auffassungen beseitigt worden seien.

Der Berliner Korrespondent des „Daily Herald“ will den vielleicht bedeutungsvollsten Umstand darin sehen, daß Eden auf der Rückreise nochmals in Paris halt machen werde, um dort neue Besprechungen zu führen.

## Bastide

Paris, 23. Febr. Der radikalsozialistische Abgeordnete Bastide ist an Stelle Edouard Herris zum Vorkommenden des Auswärtigen Ausschusses der Kammer gewählt worden, da letzterer infolge seiner Ernennung zum Staatsminister in der Regierung Doumergue dem Branche gemäß sein Amt niedergelassen hatte. Bastide bemüht sich seit Jahren um die Kenntnis deutscher Verhältnisse.

## Kammersieg Doumergues

### Haushalt und Finanzgesetz verabschiedet

DNB. Paris, 23. Febr. Die französische Kammer hat in einer Nachtstimmung die Haushaltberatungen beendet und das Finanzgesetz mit 409 gegen 123 Stimmen verabschiedet. Der Haushalt für 1934 stellt sich wie folgt: Einnahmen 48.477 Millionen, Ausgaben 48.418 Millionen. Theoretisch ist also ein Ueberfluß von 59 Millionen Franken vorhanden. Durch die Vollmacht, die die Kammer der Regierung erteilt hat, ist diese ermächtigt, für den Fall eines Einnahmerückganges neue Streichungen am Ausgabehaushalt vorzunehmen, um das Gleichgewicht sicherzustellen.

Im Laufe der Nachtstimmung kam es zu einem Zwischenfall, der ohne das Eingreifen der Kammerdiener in eine Schlägerei zwischen Sozialisten und Radikalsozialisten ausgeartet wäre. Der sozialistische Abgeordnete Ranzu bellagte sich über die Krise in der Viehwirtschaft und protestierte gegen die übermäßige Einfuhr ausländischen Viehs. Ein Radikalsozialist forderte schließlich die Anwendung der Geschäftsordnung, weil der Redner über die ihm zugehende Zeit gesprochen hatte. Die Sozialisten, geführt vom Abg. Braque, hürzten sich darauf auf ihre radikalsozialistischen Nachbarn und muihten von den Kammerdienern zurückgehalten werden. Im weiteren Verlauf der Aussprache beschränkten sich die Sozialisten darauf, durch lärmende Zwischenrufe und Fußbedeckelgeräusche die anderen am Sprechen zu hindern. Der Präsident erklärte darauf den Abschluß der Aussprache. Der Abg. Morinaud der radikalen Linken forderte die Kontrolle der Kammer über die geheimen Fonds, woran der Finanzminister unter allgemeinem Gelächter erklärte, er werde seine Bitte an den Ministerpräsidenten weiterleiten.

Die Kammer tritt heute zu einer kurzen Formstimmung zusammen, um die eingehenden Untersuchungsausschüsse zu bestätigen. Der Haushalt wird am Montag vom Senat in Angriff genommen und dürfte in einer Nachtstimmung am Mittwoch endgültig in zweiter und dritter Lesung verabschiedet werden. Man betont in parlamentarischen Kreisen, daß die rasche Verabschiedung des Haushalts für das Kabinett Doumergue und für den Finanzminister einen bedeutenden Erfolg bedeutet, der geeignet sei, das Vertrauen des Landes zu stärken und den öffentlichen Kredit zu festigen.

## 800 Sozialdemokraten verhaftet

### Oesterreichische „Anhaltelager“

Wien, 23. Febr. Für die sozialdemokratischen Funktionäre, gegen die ein strafgerichtliches Verfahren mangels eines kriminellen Tatbestandes nicht eingeleitet werden kann, wird in Niederösterreich ein eigenes Anhaltelager errichtet, wo sie vorübergehend festgehalten werden sollen, bis die Gewähr dafür besteht, daß sie nicht mehr sozialdemokratische Propaganda treiben werden. Augenblicklich befinden sich noch sämtliche verhafteten sozialdemokratische Führer in Polizeigewahrsam. Das „Neuzeitliche Weltblatt“ teilt ferner mit, daß die Zahl der Häftlinge, die in Strafanstalten kommen, noch immer wachse und augenblicklich bereits 800 betrage.

## Noch immer gehängt!

### Standgericht in Linz

Dnb. Linz (Donau), 22. Febr. Das Standgericht hat drei Schußhändler, die während des Aufstandes angeblich einen Oberleutnant des Bundesheeres und zwei Alpenjäger ermordeten, zum Tode durch den Strang verurteilt. Das Urteil wurde nur an einem der Verurteilten vollzogen, die beiden anderen sind zu lebenslänglichem Kerker begnadigt worden.

## Das Neueste

Die kommunistische Zeitung „Humanite“ läßt sich aus Nikassa melden, daß sich die dortigen Hafenarbeiter geweigert hätten, die Ladung des deutschen Dampfers „Gens“ zu löschen, weil er die Valenkreuzfabrik führte.

Der französische Kammerentschluß für Wahlrechtsfragen hat sich für die Herabsetzung der Zahl der Kammerabgeordneten ausgesprochen.

Der frühere Justizminister Pierre Cot ist aus der Bereinigung ehemaliger Frontkämpfer ausgeschlossen worden, weil er einem Kabinett angehört habe, das für die Strakenkämpfe vom 6. Februar verantwortlich sei. Das gleiche Schicksal ereilte den ehemaligen Handelsmarineminister Petil La Chambre, der aus den gleichen Gründen aus einem Kabinett ausgeschlossen wurde.

Der frühere französische Minister Francis Marsal ist wegen Vertrauensmißbrauches unter Anklage gestellt worden.

Nach einer Havasmeldung aus Managua (Nicaragua) wurden der Führer der Liberalen in Nicaragua, General Sandino, sein Bruder und zwei seiner Freunde bei einem Zusammenstoß mit der Nationalgarde getötet. Der Präsident von Nicaragua erklärt in einer amtlichen Verlautbarung, daß er die Ermordung Sandinos bedauere, da er die Bärnkraft für das Leben Sandinos während seines Aufenthaltes in Managua übernommen habe.

# Wie sie Koloman Wallisch fingen...

## Der Heldentod eines revolutionären Kämpfers

Der vom Standgericht in Leoben wegen des Verbrechens des Aufruhrs zum Tod durch den Strang verurteilte frühere kommunistische Bürgermeister von Bruck an der Mur und Nationalrat Koloman Wallisch ist hingerichtet worden.

## Wie sie ihn bekamen

Ueber Wallischs Festnahme berichtet das gleichgeschaltete „Wiener Tageblatt“ folgende Einzelheiten: Ein Eisenbahner in Pözen machte den dortigen Gendarmerieposten aufmerksam, daß er Wallisch und eine Frau in einem Auto in der Richtung gegen Admont habe fahren sehen.

Stabsfeldwebel Sager des Postens Pözen traf sofort „in schneidiger Umsicht“ alle Maßnahmen zur Verfolgung des Langgesuchten, und verständigte telefonisch alle Gendarmerieposten im Umkreis, in erster Linie den Posten in Admont. Dann nahm er mit mehreren Gendarmen im Auto die Verfolgung des Wallisch auf.

Auf der nach Admont führenden Straße fanden sie unweit von Pözen ein umgestärktes Personenauto Stabsfeldwebel Sager ließ dort eine Patrouille zurück. Auf der Weiterfahrt traf er einen Bauer, der angab, daß er einem Manne und einer Frau begegnet sei, die ihn nach einem Führer fragten.

Im Reittal zwischen Pözen und Admont ließ die Patrouille auf Wallisch und seine Begleiterin, die bereits von dem von Admont aus abgegangenen Gendarmerie-Revierinspektor Wiesinger festgenommen worden waren. Die Verhafteten wurden nach Pözen gebracht und von dort von der Gendarmerie identifiziert. Wallisch gab daraufhin zu, daß er der Gesuchte sei und daß er sich in Begleitung seiner Frau befinde. Er leistete keinen Widerstand. Er wurde gefesselt und wird mit seiner Frau unter harter Bedeckung dem Kreisgericht Leoben eingeliefert werden.

## Der Fluchtversuch im Auto

Strag, 10. Febr. Ueber die Festnehmung Wallischs werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Samstag abend erschien ein junger Mann bei dem vor dem Bahnhof in Pözen mit seinem Lastauto fahrenden Taxichauffeur Willibald Bruggler des Autobesitzers Johann Witkowitz in Sankt Peter-Kreienstein und bestellte für den nächsten Morgen für einen Bauer, der auf den Semmering fahren wolle, ein Auto. Der Bursche leistete 100 Schilling Angabe und beauftragte den Chauffeur, Sonntag früh nach Ober-Neis eine Bahnstation zwischen Bruck und Pözen, zu kommen, von wo weggefahren werden würde.

Wallisch war mit einer schwarzen Hose und einem grauen Stutzen (kurzer Ueberrock) mit Pelzfragen besetzt und trug einen Kuffener Hut und Brille. Bei seiner Festnahme hatte er den Pelzfragen aufgeschultert. Er hatte sich nicht unkenntlich gemacht, sah aber körperlich sehr herabgekommen aus. Seine Frau trug ein grünes Kleid.

# Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten

## Ein Urteil in Amsterdam

Unser Amsterdamer Berichterstatter meldet uns:

Der Amsterdamer Polizeirichter verurteilte, wie wir schon kurz meldeten, den deutschen Romanschriftsteller Heinz Piepmann wegen Beleidigung des Staatsoberhauptes einer befreundeten Nacht, nämlich des Reichspräsidenten von Hindenburg, zu einem Monat Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte eine Strafe von zwei Monaten und Landesverweisung gefordert. Von der Landesverweisung ist im Urteil nicht die Rede.

Interessant an der Verhandlung sind noch folgende Details: Piepmann berief sich in seiner Verteidigung darauf, daß er sein Buch „Das Vaterland“, das er den in Deutschland gemarterten Juden gewidmet hat, eigentlich nicht geschrieben, sondern fotografiert habe, darum sei auch der Teil des Gesprächs, in dem ein Arbeiter behauptet, Hindenburg habe Hitler zum Reichsführer gemacht, um eine Belastung seiner Familie durch den Döhlkefandol zu vertuschen, nur Reportage der damaligen Wirklichkeit in Deutschland. Solche Gespräche seien oft geführt worden.

Auch der Verteidiger Piepmanns, Mr. Francois Baumels, wies darauf hin, daß jedermann in Deutschland den Reichsführer habe, daß es also nicht die Absicht Piepmanns, der einen Tatsachenroman schrieb, gewesen sei, Hindenburg zu beleidigen, sondern eine Reportage der Wirklichkeit zu geben.

Der Polizeirichter führte denn auch in seiner Urteilsbegründung aus, daß in der infamierten Äußerung keine persönliche Beleidigung Hindenburgs im engeren Sinne zu verstehen sei, zumal die Gesamttendenz des Buches eine andere sei. Die Verurteilung habe aber erfolgen müssen, weil darin im weiteren Sinne eine Beleidigung zu sehen sei, nämlich daß dem Reichspräsidenten vorgeworfen werde, daß er aus anderen Gründen als denen des Reichsinteresses einen Kanzler (Hitler) berufen habe.

Der Verteidiger von Piepmann, Mr. Baumels, verteidigte in seinem Klienten das Asylrecht, indem er ausführte: Wir sind ein altes selbständiges Kulturvolk, das sich von seinem östlichen Nachbarn wesentlich unterscheidet. Es war uns immer eine Ehre, daß die Arbeiten eines A. N. Rousseau bei uns erscheinen konnten. Der Fall Piepmann ist ein Fall der Feindschaft über die künstlerische Freiheit. Darüber hinaus erweist das kleine Holland aus Furcht vor dem immer mächtiger werdenden östlichen Nachbar Deutschland diesem Fremden die besten Dienste. Das ist beschämend.

Als Mr. Baumels die tieferen Gründe dieses Prozesses aufzuweisen wollte und fortfuhr: „Wenn man Piepmann nicht

Der in Selbst verhaftete Zuleger war mit einer schwarzen Hose und einem Sweater bekleidet und trug eine Pullmanmütze sowie einen Rucksack. Den Gendarmen gegenüber verweigerte Wallisch jede Auskunft.

## Das Auto fährt um

Es war gegen 9 Uhr vormittags, als der Gendarmerieposten Pözen die Nachricht von der Flucht des Wallisch erhielt. Stabsfeldwebel Sager traf sofort alle Anordnungen zur Verfolgung des Wagens. Die Gendarmerieposten des Gesäuses, darunter Admonts, wurden telefonisch avisiert. Sager nahm mit mehreren Gendarmen in einem Auto die Verfolgung in der Richtung nach Admont auf, während von Admont aus Revierinspektor Wiesauer mit Gendarmen und Assistenten in einem Auto dem Wallisch entgegenfuhr. In der Ortschaft Reittal geriet das Auto des Wallisch in einen Straßengraben und konnte nicht freigemacht werden. Der Chauffeur begab sich in ein in der Nähe gelegenes Bauernhaus und der Besitzer vulgo Krager half dem Chauffeur, den Wagen wieder auf die Straße zu bringen. Ungefähr 800 Meter von dieser Stelle entfernt — das Auto mußte in eiliger Fahrt begriffen gewesen sein — geriet der Wagen abermals von der Straße ab und fuhr um. Die Insassen krochen aus dem Wagen heraus und es blieb ihnen nichts anderes übrig, als die Flucht zu Fuß fortzusetzen. Der Chauffeur wurde abgefertigt und erhielt von Wallisch weitere hundert Schilling.

## Auf dem Perron von Ardnung

Wallisch und seine Begleitung erreichten zu Fuß die an der Pözenbahn gelegene Bahnstation Ardnung, wo Wallisch auf dem Perron den Fahrplan studierte. Der von seiner Flucht telefonisch verständigte Bahnbeamte sah die beiden und gab nach Pözen und Admont telefonisch Nachricht. In Ardnung verschwand der den Wallisch begleitende Bursche. Wallisch und Frau, die wahrscheinlich mit dem Zug von Ardnung aus mit der Pözenbahn die Flucht in der Richtung Pözen fortsetzen wollten, verließen den Bahnhof und gingen auf der Straße spazieren. Mitterweile waren die Gendarmen und Assistenten aus Admont angekommen und Revierinspektor Wiesauer ließ alle wichtigen Punkte besetzen und den Bahnhof sowie die Straße absuchen.

## Gände hoch!

Bei der Straßengabelung in die Ortschaft Ardnung ließ ein Assistentemann des Postens Admont und unmittelbar darauf Revierinspektor Wiesauer auf Wallisch und seine Frau. Wiesauer rief ihm zu: „Gände hoch!“ und nannte Wallisch beim Namen, worauf dieser erklärte: „Ja, das bin ich!“ Er ließ sich widerstandslos verhaften. Kurz darauf stiegen die Gendarmen aus Pözen auf die Gruppe und gingen gemeinsam nach Pözen zurück, von wo Wallisch unter schwerer Bedeckung nach Pözen gebracht und dem Stadtgericht übergeben wurde. Seine Frau wurde dem Kreisgericht Leoben eingeliefert.

gegangen geseht hätte, wäre er nach einem anderen Lande, etwa Belgien, gegangen, wo man weniger ängstlich vor Deutschland ist,“ verwarnte ihn der Polizeirichter und gab ihm eine Rüge. Das hielt Mr. Baumels nicht ab, freispruch und Freilassung Piepmanns unter dem Hinweis zu beantragen, daß in Holland deutsche Menschen frei herumlaufen dürfen, die an Fremdenmorden beteiligt sind.

Der Polizeirichter entkräftete den Vorwurf, daß die holländische Polizei unter dem Einfluß Deutschlands und aus Angst vor Deutschland den Fall Piepmann entrierte habe, nicht, indem er in seiner Urteilsbegründung sagte: „Wir leben in anderen Zeiten mit anderen strafrechtlichen Aufstellungen. Wir müssen das Wort vom „freien Holland“ so deuten, daß hierzulande zwar Freiheit besteht, aber gleichzeitig eine Machtordnung, die dazu beiträgt, daß diese Freiheit bestehen bleibt und bestehen bleiben kann. Deswegen müssen die geilen Triebe dieser Freiheit beschnitten werden.“

Der Polizeirichter von Amsterdam zeigte vielmehr die wahre Bedeutung dieses Prozesses gegen einen emigrierten deutschen Schriftsteller auf, als er seine Urteilsbegründung damit beschloß, daß dieses Urteil der erste Fall schärferer Handhabung des Gesetzes sei, das Ausländern politische Betätigung in Holland verbietet. Es sei ein Barometerstand, der hoffentlich genügen werde, um die Bedeutung des Urteils, seine allgemeine Wirkung zu unterstreichen, habe von einer Geldstrafe oder einem Strafausschub Abstand genommen werden müssen.

Piepmann will gegen das Urteil Berufung einlegen. Interessant an dem Prozeß und von prinzipieller Bedeutung ist noch, daß festgestellt wurde, daß Piepmann sich nur vorübergehend in Amsterdam aufgehalten hat. Sein ständiger Wohnsitz ist Paris. Er wollte die Herausgabe seines Buchs in holländischer Sprache (Verlag der Arbeiterperspektive) zum Abschluß bringen. Sein holländischer Aufenthalt muß durch Agenten der deutschen geheimen Staatspolizei dem deutschen Konsulat bekannt geworden und von diesem die Verhaftung gefordert worden sein.

## Holland liefert aus

(Jupres.) Ein deutscher Arbeiter, der vor einigen Tagen aus dem Konzentrationslager entkommen war, wurde in Venlo von der holländischen Polizei verhaftet, weil er sich angeblich auf „unerlaubte Weise“ einen Verdienst verschafft hatte. Trotz dringenden Ersuchens, die Ausweisung auf keinen Fall nach Deutschland vorzunehmen, wurde der Mann den deutschen Grenzbehörden übergeben.

## Verboten sind

laut Kriminalpolizeiblatt 1767-68: „Neue Deutsche Bauernzeitung“ Nr. 5 des Jahrgangs 5, Dezember 1932 (?); Nr. 17 der „Internationalen Gewerkschaftskorrespondenz“ vom 4. 3. 1933 (?); „RWD-Vertriebspresbident“; „100 Kommunisten stößen im Reichstag vor! Die Rede des Genossen Pief“; „Die Aufgabe der Kommunisten in der gewerkschaftlichen Front“; „Referentendiskussion für Sonntag, den 14. Mai“; „Die eingesperrte Marx“, Berlin, Georg Staegemann; Lisa Lehner, „Hans Ullrich“, Stuttgart, D. Gunders; B. Traven, „Das Totenschiff“, Unterlitz, Berlin.

## Ländliche Wohlfahrtspflege — aufgelöst!

Der Verein für ländliche Volksfahrt- und Heimatpflege hat sich in seiner letzten Mitgliederversammlung aufgelöst.

# Rassenpolitik in Oberschlesien

## Neue Beschwerden an den Völkerbund

Die der J.R.-Vertreter erzählt, sind bei der in Katowitz domizilierenden, unter dem Vorsitz des früheren schweizerischen Bundespräsidenten Calonder arbeitenden Gemischten Kommission des Völkerbundes neuerdings verschiedene Beschwerden obererschlesischer Juden wegen unterschiedlicher Behandlung eingelaufen. Neben Beschwerden, die Zurücksetzungen von Juden auf rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiete, u. a. behördenlichen Posten usw. betreffen, liegt auch eine Beschwerde wegen des Verbots des rituellen Schächterns vor, das für das ganze deutsche Reich erlassen wurde, aber mindestens für Oberschlesien nicht gelten sollte, da es eine Zurücksetzung eines Teils der Bürger auf religiösem Gebiet bedeutet, die nach der Genfer Konvention nicht statthaft ist. Die Gemischte Kommission wird sich schon in nächster Zeit mit allen diesen Beschwerden beschäftigen.

Es ist interessant, daß die deutsche Regierung vor kurzem die zwei früheren deutschen Mitglieder der Gemischten Kommission, die nicht Nationalsozialisten waren, abberufen und durch Nationalsozialisten ersetzt hat.

Wie wenig die Behörden, ja sogar die Gerichte, die Versicherungen der Reichsregierung gegenüber den Genfer Instanzen, daß in Oberschlesien die Juden keinerlei unterschiedlicher Behandlung ausgesetzt sind, ernst nehmen, beweist der folgende Entscheid des Gerichtes in Beuthen, dem Hauptort von Deutsch-Oberschlesien:

Eine jüdische Geschäftsfrau war angeklagt, und zwar durch Offizialklage des Staatsanwalts, wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Beuthen und seiner Ehefrau, weil sie behauptet hat, die Frau des Bürgermeisters habe bei ihr einen Hut gekauft. Das Gericht verurteilte die jüdische Geschäftsfrau zu 300 Mark Geldstrafe und führte in der Begründung aus, es sei eine Beleidigung des Bürgermeisters, der Mitglied der Nationalsozialistischen Partei ist, wenn von ihm gesagt wird, seine Frau habe bei einer Jüdin gekauft.

# Sorfilmenter rettet uns!

## Das geknechtete Saarvolk

Herr Jesco von Puttkammer, den sein montenegrinischer Vornome zu besonderem Deutschstum verpflichtet, hat ein Agitationsbuch für die Saarabstimmung geschrieben: „Wahr bleibt wahr, deutsch die Saar“. Der Verlag Stalling in Oldenburg schickt der Schrift des Jesco folgende Anpreisung voraus: „Die Saar steht im Endkampf, ihr künftiges Schicksal beherrscht seit Monaten die ganze deutsche Öffentlichkeit. Kein Buch ist darum aktueller als dieses. Leidenschaftlich, eindringlich schildert es in Wort und Bild den erbitterten Kampf des geknechteten Saarvolkes um Haus und Hof, um Sitte und Kultur, um Recht, um Deutschland. Dieses Buch hilft jedem Deutschen kämpfen, denn an der unwandelbaren Zuversicht aller Volksgenossen im Reich soll sich das Saarvolk zur letzten Kraftprobe festhalten. Das ist der Sinn des Buches. Darum, deutscher Sorfilmenter, kämpfe für die Saar!“

# Ein „Bollwerk“

## Der Blick nach Straßburg

(Jupres.) In Rehl, gegenüber von Straßburg, soll, wie die Raupresse mitteilt, ein Haus errichtet werden, das als Bollwerk unseres deutschen Kultur- und Kunstums zu einer Pflegestätte bester deutscher Kunst und Kultur werden muß. In dem neuen Gebäude, dessen Ausführung durch ein Preiswettbewerb unter der Künstlerchaft von Baden und der Pfalz bestimmt werden soll, wird gleichzeitig ein Heimatmuseum untergebracht werden.

# Familie im Luftschutz

## Wie der Reichsluftschutzbund arbeitet

Aus dem Programm des dritten Lehrgangs der Luftschutzbundschule der Ortsgruppe Darmstadt des Reichsluftschutzbundes e. V. für Blut- und Hausluftschutzwart

### A. Theoretischer Teil:

#### 1. Abend:

Vortrag 1: Der zivile Luftschutz (passive Luftschutz) einschließlich Flugmeldedienst und Luftschutzwarndienst. (Dreiviertelstunde.) Referent: Polizeikommissar Laufard.

Vortrag 2: Die Angriffsmittel der Luftwaffe, die chemischen Kampfstoffe und ihre Wirkung auf den menschlichen Körper. (Dreiviertelstunde.) Referent: Bezirksgruppenleiter Obertrupp, Velten.

Vortrag 3: Der Gasschutz im Luftschutz; Die Gasmaske. (Eine halbe Stunde.) Referenten: Ing. Altmannsdorger und Petr.-H. Ahmus.

#### 2. Abend:

Vortrag 4: Die Familie im Luftschutz (Eine Stunde.) Referent: Polizeioberst a. D. Schröder.

Vortrag 5: Der Feuerchutz. (Eine Stunde.) Referent: Brandinspektor Herborn.

#### 3. Abend:

Vortrag 6: Besichtigung und Erläuterung des Luftschutzeckers in der Rodenstraße 17. (Dreiviertelstunde.) Referenten: Architekt Eidenmüller und Zimmermeister Daury.

Vortrag 7: Praktische Vorführungen auf der Städtischen Hauptfeuerwache. (Eine halbe Stunde.) Referent: Branddirektor Winter.

Allgemeine Aussprache. Referent: Schulleitung.

Anschließend: Verpflichtung der Lehrgangsteilnehmer durch die Polizeidirektion.

### B. Praktischer Teil:

Übungen und Übungszeit nach Besprechung mit den Lehrgangsteilnehmern.

## Aus einem Gewerkschaftsblatt

Im „Korrespondent“ finden wir folgende Resümee: „Deutsche Kriegs-Erinnerungs-Münze sowie die kal. ungarische kroatische Kriegserinnerungsmedaille steht allen deutschen Kriegsteilnehmern zu und ist zum 28. August gestattet, und andere heute noch beantragbare Kriegserinnerungsgeldchen. Antragsbogen mit interessanten Einzelheiten enthaltenden Merkblätter gegen 0,40 in Marken bei dem bevollmächtigten Ordenshaus Reimann, Berlin W. 8, Friedrichstraße 183.“ — Von dem Ordenshaus hat der Draf sein Deutsch und sein G. A. l. her.

## Glückliche Chinesen

Chinesische Bauern sind mit Hilfe der auf ihren Feldern aufgestellten Ahnentafeln in der Lage, ihre Vorfahren in gerader Linie bis in eine Zeit zu verfolgen, in der bei uns die Karolinger herrschten, also um das Jahr 800 nach Christus.

# Deutschlands „Größter“

## Hitler als Redner

wird in der von Will Vesper herausgegebenen „Neuen Literatur“ so besprochen: „Er haut und molliert das Brutal-Tatfällische so lange, bis die Schwungfeder des Idealismus wie von selbst in den Herzen emporeischnell wird... Er ist einfach ein Vulkan, die Formierung des Gegners. Herr von Papen hoch florent Hitler hört seine Gegner zusammen... Der Führer ist der Meister genialer Vereinfachung... Das Hitler predigt, läßt sich auf einer Visitenkarte unterbringen... Der Nationalsozialist ist die einfachste Idee der Welt... In Hitler bekommt die deutsche Seele selbst einen Mund, anzulagen... Mit sicherer Ballistik knallen die Maulschellen: mancherloser Philosoph — Bethmann Hollweg, Schakale der Politik, Bazillenspülwasser.“

## Industrie- und Handelsjammer

Aus Schleswig wird uns geschrieben:  
 h. b. Der vor kurzem von der Flensburger Handwerkskammer veröffentlichte und von uns besprochene Handwerksjammerbericht, der die völlige Pleite der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik offenbarte, hat nunmehr auch die Industrie- und Handelskammer Flensburgs ermutigt, einen Bericht herauszugeben, der das Bild trefflich rundet.

In diesem Bericht heißt es einleitend:  
 „Das Jahr 1933 hat infolge der siegreichen nationalsozialistischen Revolution den seit langem ersehnten wirtschaftlichen Umschwung gebracht.“  
 Dieser Umschwung wird dann wie folgt geschildert:  
 „Die wirtschaftliche Entwicklung der Trampreedereien war im Berichtsjahre nach wie vor ungünstig. Die Frachtenlage war während des ganzen Berichtsjahres absolut unbefriedigend. Was die Linien-schiffahrt betrifft, so ist das Geschäftsjahr 1933 auch für sie nicht als günstig zu bezeichnen, da immer noch ein Mangel an Fracht vorgelegen hat und somit eine ausreichende Beschäftigung nicht möglich gewesen ist.“

Was die Industrie im Kammerbezirk betrifft, so ist hinsichtlich des Schiffbaugewerbes festzustellen, daß infolge der Minderbeschäftigung der Schiffahrt Aufträge auf Neubau von Schiffen nicht erteilt werden sind.  
 In der Eisen- und Metallindustrie liegen die Verhältnisse uneinheitlich. Soweit die Betriebe vorwiegend auf den Export eingestellt sind, konnte eine zufriedenstellende Beschäftigung nicht erzielt werden. In der Fahrradindustrie war die Entwicklung recht zufriedenstellend. Allerdings liegt der Export gänzlich danieder.

Weniger günstig lagen die Verhältnisse in der Mineralwasser-, Maschinenindustrie. Die Ausfuhr ruhte wegen des englischen und amerikanischen Valutadumpings fast völlig.

In der Hefe- und Backmittelindustrie war der Export weiter rückläufig. Der Inlandsabsatz an Backhilfsmitteln ist zurückgegangen.

In der Fleischwarenindustrie konnte eine Umsatzbelebung im Vergleich zum Vorjahre noch nicht erzielt werden. Auch das Weihnachtsgeschäft war weniger befriedigend. Festzustellen ist, daß eine weitere Abwanderung auf billigere Qualitäten erfolgt ist, was darauf zurückgeführt wird, daß die Preise für Speisefette eine Erhöhung erfahren haben. Das Exportgeschäft ließ sehr zu wünschen übrig.

In der Gärungessigindustrie, die im Vorjahre ein recht befriedigendes Geschäftsergebnis erzielt hatte, konnte im Berichtsjahre der Umsatz nicht ganz gehalten werden.

Der Geschäftsgang der Aalräuchereien im Laufe des Berichtsjahres war wenig zufriedenstellend. Durch den neuingeführten Zoll für lebende Aale (in der Zeit vom 1. Juni bis 30. November 60 RM. pro dz.) ist die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe des Kammerbezirkes eingeengt, da diese die Rohware aus Skandinavien beziehen müssen.

Die Zuckerwarenindustrie klagt über einen Rückgang des Geschäftes.

Die Brotindustrie konnte eine geringe Steigerung ihrer Umsätze erzielen, jedoch wurde das geschäftliche Ergebnis dadurch beeinträchtigt, daß die Preise für Speisefette eine Steigerung erfahren.

Die Mühlenindustrie hat als verhältnismäßig krisenfestes Gewerbe, wie im Vorjahre, nicht unbefriedigende Geschäftsergebnisse erzielt.

Die Kautabakindustrie hat gegenüber dem Vorjahre ein geringfügiges Absinken des Umsatzes zu verzeichnen.

In der Rauchtobakindustrie litt das Geschäft unter der starken Konkurrenz der saarländischen Betriebe, die bei der Herstellung und Einfuhr von Rauchtobak erhebliche Vergünstigungen genießen. Auf die Zigarrenindustrie des Bezirkes wirkte sich das Verbot der Verwendung von

Zigarrenmaschinen ungünstig aus, da hierdurch die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den mittel- und süddeutschen Betrieben, die niedrigere Lohnausgaben haben, beeinträchtigt worden ist.

In der Waschlindindustrie konnte der Umsatz des Vorjahres gehalten werden, jedoch litt das Geschäft unter starken Preisunterbietungen.

Der Geschäftsgang der Lederindustrie hat gegenüber dem Vorjahre eine wesentliche Besserung erfahren. Allerdings litt das Geschäft unter recht erheblichen Preisunterbietungen, nachdem im Frühjahr die Rohwarepreise um 30 bis 40 Prozent gestiegen waren. Das Exportgeschäft war Anfang des Berichtsjahres zum Teil noch recht befriedigend, kam dann aber fast völlig zum Stillstand und erfuhr erst durch das Scripsverfahren vorübergehend eine Belebung. Allerdings waren die erzielten Preise durchweg unbefriedigend. Der Export nach Italien ist durch die Einführung eines beträchtlichen Wertzollens gänzlich unterbunden worden. Auch ist die Ausfuhr nach Frankreich, Belgien und Holland infolge Transferschwierigkeiten und Kontingentierungen stark zurückgegangen.

In der Holzschuhindustrie war durchweg die Beschäftigung besser als im Vorjahre.

Die Ziegelindustrie konnte ihre Fabrikation wesentlich erhöhen (Lieferung für Behörden, Siedlungen und dergleichen). Da jedoch die private Bautätigkeit immer noch fast restlos danieder liegt, betrug die Ausnutzung der Anlagen nur 20 bis 30 Prozent ihrer Produktionskapazität.

Im Zuckerhandel konnte der Umsatz des Vorjahres gehalten werden.

Die geschäftliche Entwicklung des Kaffee- und Teehandels war etwa die gleiche wie im Vorjahre.

Die in den letzten Jahren zu beobachtende Schrumpfung des Getreidegeschäftes ist im Berichtsjahre noch nicht zum Stillstand gekommen.

Während im Butterversandgeschäft in der ersten Hälfte des Berichtsjahres noch ein recht erheblicher Rückgang der Geschäftstätigkeit gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres erfolgte, ist in den späteren Monaten eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung eingetreten, so daß wenigstens teilweise ein Ausgleich stattfand.

Im Feldsamhandel war die geschäftliche Entwicklung nicht ungünstig, wenn auch infolge der niedrigen Preise rein geldlich der Umsatz des Vorjahres zum Teil nicht gehalten werden konnte.

Der Viehhandel ist mit den Ergebnissen des Jahres 1933 nicht zufrieden gewesen. Die Preise waren noch immer unbefriedigend, auch wurden durch die Schlachtsteuer die Absatzmöglichkeiten beeinträchtigt.

Im Kohlenhandel hielt sich das Geschäft immer noch in verhältnismäßig engen Grenzen. Der Export nach Dänemark ruhte völlig.

Im weiteren Bericht wird dann begeistert erzählt, daß in einigen Gewerbezweigen die Bedarfsartikel für Hausreparaturen und „Ehstandsgründungen“ liefern konnten, eine leichte Besserung eingetreten sei, die sich aber „rein geldlich“ nicht immer befriedigend habe auswirken können, weil starke Preissteigerungen üblich seien.

Wenn man diesen offenerzigen Bericht liest und sich des Einleitungsatzes erinnert, der da lautet: „Das Jahr 1933 hat infolge der siegreichen nationalsozialistischen Revolution den seit langem ersehnten wirtschaftlichen Umschwung gebracht“, so greift man sich an den Kopf. Das also war es, was der deutschen Wirtschaft fehlte! Darum also mußte das deutsche Volk seine Rechte und seine Freiheit verlieren. Damit — abgesehen von den Rückgängen — es ermöglicht wurde, die wirtschaftlichen „Erfolge“ des Vorjahres zu erhalten!

Aber man soll nicht ungerade sein: „In der Holzschuhindustrie war die Beschäftigung durchweg besser als im Vorjahre...“

## Die Preise hoch!

### Ein Spruch des Kaufmännischen Ehrengerichts in Stuttgart

Die „Kölnische Zeitung“ berichtet:  
 Vor dem Kaufmännischen Ehrengericht der Handelskammer Stuttgart hatte ein Großhändlerverband gegen einen der Organisation nicht angehörenden Berufsgenossen Klage erhoben. Dabei spielte die Frage, ob und unter welchen Umständen Preisunterbietungen gegen die kaufmännischen Sitten verstoßen, eine besondere Rolle. In der in Frage kommenden Branche sind die Fabrik- und Einzelverkaufspreise gesunken, nicht aber die Großhandelspreise. Eine Schleuderei im Großhandel hatte die Großhandelsorganisation mittels freiwilliger Preisvereinbarungen der Großhändler zunächst erfolgreich bekämpft. Nur einige wenige Großhändler, die sich geweigert hatten, dem Abkommen beizutreten, hatten durch Verkäufe zu Fabrikpreisen und sonstige Unterbietungen das Geschäft an sich zu reißen versucht und damit — wie vor dem Ehrengericht zum Ausdruck gebracht wurde — erneut geordnete Verhältnisse in der Branche in Frage gestellt.

Der Spruch des Ehrengerichts, der feststellte, daß das Geschäftsgehabene des Beschuldigten mit den Pflichten eines ehrbaren Kaufmanns in Widerspruch steht, enthält u. a. folgende grundsätzliche Ausführungen:

„In der Berechnung eines Preises, der gerade noch dem Betrag gleichkommt, den die Ware den Großhändler nach Abzug mindestens eines Teils der Generalunkosten zu stehen kommt, liegt nach Auffassung des Ehrengerichts ein Verhalten, das gegen die kaufmännischen Sitten verstößt, die Branche an den Rand der Vernichtung bringt und damit letzten Endes den Allgemeininteressen der Volkswirtschaft abträglich ist. Wenn der ...großhandel in harten Kämpfen mit der Industrie Preisbedingungen erreicht hat, die ihm gerade noch ermöglichen, in diesem Geschäftszweig sein Auskommen zu finden, so kann er unmöglich die vorgesehene Bruttoverdienstspanne fast vollständig dem Abnehmer des Großhandels zukommen lassen, der sie übrigens nicht etwa dem Verbraucher wiedergibt, sondern in die eigene Tasche steckt. Eine ungesunde Erweiterung des Absatzes, die erst die finanzielle Grundlage der Unterbietung, die in dem Umsatz-

bonus liegt, schafft, und der Abfall des Kunden von dem Großhändler, der sich an die vereinbarten Listenpreise hält, ermöglichen allein, sich mit Preisen zu begnügen, wie sie beim Beklagten üblich sind. Diese Geschäftsmethoden müssen aber, als dem Ziel einer geordneten Marktreglung scharf zuwiderlaufend, verurteilt und als den kaufmännischen Sitten widersprechend bezeichnet werden.“

Die Auffassung, daß der Kaufmann nur darauf bedacht sein brauche, Waren zu verkaufen, Umsätze zu steigern und das Geschäft an sich zu reißen, und daß er dabei, unbekümmert um die Angehörigen der eignen Branche, seine Verkaufsmethoden nach eigenem Gutdünken gestalten könne, gehört einer vergangenen Zeit an. Der neue Staat fordert Rücksichtnahme auf die Gesamtwirtschaft. Es widerspricht seinen Grundsätzen, kaum die eignen Kosten deckenden Schleuderei zu nehmen, um den vertragstreuen Berufsgenossen die Kunden abspenstig zu machen. Anschauungen einer zurückliegenden Wirtschaftsperiode können heute nicht mehr maßgebend sein. Die gute Kaufmannsittlichkeit unterliegt dem Wandel der Wirtschaftsauffassung. Wer im Erwerbaleben steht, ist gezwungen, sich der neuen Denkweise im Wirtschafts- und Rechtsleben anzupassen, wenn er sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, die schwierige Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu stören. Wer mit seinen Berufsgenossen in Wettbewerb tritt, verzichtet auf das Recht, sich um andere nicht zu kümmern und wird seinem Berufsstand und der Allgemeinheit verpflichtet. Er ist nur ein Teil des Wirtschaftsorganismus und muß sich dessen Lebensbedingungen anpassen. Die unerlässliche Verbundenheit mit seinem Berufsstand fordert von ihm, von der Verfolgung von Sonderinteressen, die die Allgemeinheit schädigen, Abstand zu nehmen. Aus diesen Gründen vertritt das Ehrengericht die Auffassung, daß die Wettbewerbsmethoden des Beklagten und die hartnäckige Weigerung, sich den, man kann sagen, von der Gesamtheit des ...großhandels getroffenen Vereinbarungen anzuschließen, mit den Grundsätzen nicht vereinbar ist, die der heutige Staat von dem ehrbaren Kaufmann fordert.“

## Frankreichs Goldvorräte

Nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des französischen Goldvorrats seit dessen Höchststand Ende 1932:

franz. Goldbestand	in Milliarden Fr.	plus bzw. minus
Höchstbestand (9. 12. 32)	83,36	
28. 12. 33	76,95	— 6,41
18. 1. 34	77,25	+ 0,30
1. 2. 34	77,06	— 0,19
8. 2. 34	76,86	— 0,20
15. 2. 34	74,88	— 1,98

## Deutschlands Außenhandel 1933

### Im Vergleich zu 1932

Dem jüngst veröffentlichten Aufsatz über Deutschlands Außenhandel tragen wir folgende tabellar. Uebersicht nach:

In Mill. RM. Land	Einfuhr 1933/1932	Ausfuhr 1933/1932	In Mill. RM. Land	Einfuhr 1933/1932	Ausfuhr 1933/1932				
Europa	2281	2499	3601	4646	Schweden	1093	95	191	228
Särbg.	119	89	84	89	Schweiz	82	92	352	412
Belgien-Luxbg.	159	146	278	301	Spanien	86	99	86	90
Bulgarien	31	34	18	21	Tschechoslowakei	122	132	160	250
Dänemark	104	122	145	165	Ungarn	34	26	38	47
Frankr.	21	23	27	23	Rußland	194	271	282	626
Finnl.	26	29	35	30	Afrika	243	256	106	110
Irland	37	26	44	45	Asien	254	268	369	369
Frankr.	184	90	395	482	Brit.-Indien	154	159	87	104
Griechenland	55	59	19	23	China	153	117	80	82
England	238	259	406	446	Japan	16	19	76	81
Italien	166	181	227	273	Holl.-Indien	112	122	34	43
Jugoslawien	53	29	34	43	Türkei	38	47	36	31
Lettland	17	20	17	21	Australien	1004	1178	365	513
Litauen	22	27	20	26	U. S. A.	449	392	246	251
Holland	232	275	613	635	Argentinien	185	192	100	90
Norwegen	73	82	85	100	Brasilien	69	87	76	48
Oesterreich	58	63	121	139	Indonesien	131	111	27	26
Portugal	14	13	37	26	Australien	131	111	27	26
Rumänien	40	74	46	64	Insgesamt	4304	4068	4871	5759

## Arbeit und Brot

Husum (Schleswig-Holstein), 15. Febr. Hier wurden 70 Flensburger Arbeitslose als Pflichtarbeiter eingestellt. Es handelt sich durchweg um verheiratete Leute. Sie erhalten einen Bruttolohn von 20 Reichsmark pro Woche. Davon müssen sie sich in Husum und ihre Familie in Flensburg ernähren. Auch das allwöchentliche Fahrgeld von der Arbeitsstelle zum Wohnort und zurück müssen sie von diesem fürstlichen Einkommen bezahlen.

## Dresden entwickelt sich

h. b. Die schöne Stadt Dresden ist stolz auf ihre herrliche Lage, auf ihre alte Kultur, auf ihre schönen Baulidkeiten und auf ihren zoologischen Garten. Unter der glorreichen Leitung des anrühmigen Naziobürgermeisters Zörner aus Braunschweig macht die Stadt rasende Fortschritte — dem Untergang entgegen. In diesen Tagen wurde vorläufig erst einmal der Konkurs über den Aktienverein Zoologischer Garten verhängt. Es fehlen 218 000 Reichsmark zur kurzfristigen Rückzahlung einer Hypothek, deren Zinsen überfällig waren.

## Kartellmoral

In der Kartell-Rundschau (12) wird von einem Erwin Jung-hans (Schramberg) gepredigt: „Während ein Syndikat eine reinliche Sache ist, sich aber für die Fertigindustrie selten eignet, halte ich ein einfaches Preiskartell in der jetzt üblichen Form ohne Pflichtstatistik von vornherein für unmoralisch oder bestenfalls für einen Kuhhandel, wo die Vorteile des einen auf den Nachteilen des anderen aufgebaut sind und wo deshalb keine „Uebereinkunft“ besteht, sondern die alte Kampfbasis lediglich durch Verträge maskiert wird. Auf unmoralischem Boden können aber keine moralischen Handlungen wachsen.“

Was sagt der Reichswirtschaftsminister zu dieser Meinung?

## Roheisengewinnung steigt!

Die Gewinnung von Roheisen im Deutschen Reich stellt sich nach der Statistik von „Stahl und Eisen“ im Januar 1934 auf 543 000 t, d. i. 1,8 pCt. mehr als im Dezember 1933. Gegenüber dem Stand vom Januar 1933 (403 000 t) liegt die Produktion um 35 pCt. höher. Im Dezember 1933 hatte die Ueberhöhung gegenüber dem Vorjahresstand 43 pCt., im November 38 pCt. und im ganzen Jahre 1933 34 pCt. betragen. Daß trotz dieses steten Anstiegs noch bei weitem nicht ein annähernd normaler Stand der schwerindustriellen Beschäftigung erreicht ist, geht daraus hervor, daß von 150 vorhandenen Hochofen erst 51 in vollem Betrieb sind, und daß die Produktion des abgelaufenen Jahres erst 40 pCt. der entsprechenden Produktion im Hochkonjunktur-Jahr 1929 ausmachte.

In diesem Zusammenhang ist ein Vergleich mit den übrigen Produktionsländern von Interesse. Den Krisenverlust hatten 1933 noch am wenigsten aufgeholt einmal Oesterreich und die Tschechoslowakei und zum anderen die Vereinigten Staaten; hier waren 1933 erst 31 pCt. des Produktionsstandes von 1929 erreicht. Etwas günstiger als Deutschland war der Stand der polnischen Produktion (43 pCt. des Höchststandes) und der englischen (54 pCt.). Die westeuropäischen Schwerindustriegruppen und ebenso Schweden und Italien haben in der Krise bei weitem nicht so schwere Rückbildungen durchmachen müssen, wie die hochindustriellen Länder. Hier stellte sich daher die Roheisenproduktion von 1933 auf 60—70 pCt. des Höchststandes, und noch günstiger war die Entwicklung der Niederlande und im Saargebiet (76 pCt.). Ganz aus der Reihe springen dagegen Japan und Rußland. Hier hat der Ausbau der Produktion auch in den Krisenjahren angehalten, so daß die Produktionsziffer des letzten Jahres bei Japan um 28 pCt. und bei Rußland um 66 pCt. über dem Stand von 1929 lag.

## Nordisches Blut gegen Warenhaus

(Inpreß.) Der „Angriff“ schreibt über „Warenhaus und Weltanschauung“: „Lehten Ende hat nach unserer Weltanschauung alle Wirtschaftspolitik wie die Politik schlechthin ihren letzten Ursprung im Rassebewußtsein. Wer nordischen Blutes ist, oder wer noch genügend nordisches Erbgut nicht nur körperlich, sondern vor allem auch geistig-seelisch in sich trägt, wird ewig Gegner des Warenhauses sein.“

# Nach zehn Jahren

## Ein Erinnerungsblatt zu den Separatistenkämpfen

Man schreibt uns aus der Pfalz:

Am Montag, dem 12. Februar, jährte sich zum zehnten Mal die „Erklärung“ des Bezirksamtes in Pirmasens und die „Verurteilung“ der Separatisten. Mit Rücksicht auf die Rohnachstimmung wurde die vorbereitete Hauptfeier auf einen späteren Tag verlegt. Für den eigentlichen Jahrestag wurde „nur“ eine Ehrung der Toten auf dem Friedhof angesetzt, zu der neben den Polizei-, SA- und SS-Formationen auch alle Betriebsbelegschaften, Schulen, Behörden und Vereine antreten mußten. So entstand eine „eindrucksvolle“ Gedenkfeier unter „regem Anteilnahme der ganzen Bevölkerung“. Die Kinder hatten Schulfrei, aber die Lehrer mußten sie versammeln, um sie entsprechend über die Bedeutung des historischen Ereignisses zu belehren. Eine zwölfseitige Extranummer der „Pirmasenser Zeitung“ übernahm diese Aufgabe für die übrige Bevölkerung, für Deutschland und die Welt. Sie überschreibt ihren Leitartikel: „Pirmasens macht Weltgeschichte“. Was ist an diesem 12. Februar passiert? Es war der Bevölkerung bekannt geworden, daß infolge der Feststellungen des englischen Generalstabs in den letzten Konventionen der Separatisten lebendig war und von den Franzosen keine Unterstützung mehr zu erwarten hatte. Man verlangte deshalb den sofortigen Abzug. Die Separatisten hatten die neue Lage noch nicht bearbeitet und verstanden sogar noch an diesem Tag das Erscheinen der „Pirmasenser Zeitung“ zu verhindern, die, wie alle übrigen Blätter der Pfalz, aus Protest einige Tage gestreift hatte, aber am 12. Februar wieder erscheinen wollte. Das Gebäude der Zeitung befindet sich gegenüber dem Bezirksamt, in dem die Separatisten hielten. Es kam also vor der Zeitung zu Ansammlungen. Als weder Franzosen noch Separatisten dagegen einschritten, wurden die Demonstranten immer häufiger und verlangten den Abzug der Separatisten. Als gegen Abend die Lage für die letzteren immer bedrohlicher wurde, vertrieben sie durch einige Schüsse die Demonstranten zu verjagen. Es gab dabei sieben Tote und eine große Anzahl Verwundete. Die Demonstranten mußten daraufhin einen Angriff auf das Bezirksamt und setzten es in Brand.

Den Separatisten blieb nichts anderes übrig, als eilend umzukommen oder zu flüchten. Diejenigen, die nicht unerkannt durchschlüpfen konnten, wurden von der empörten Volksmenge niedergeschlagen und getötet. Einige wurden auch im brennenden Gebäude erschossen. 17 Separatisten werden nach Beendigung des Kampfes tot und furchtbar zugewidmet, ein Teil der Geflüchteten war verwundet.

Dort neben dem Bezirksamt war die französische Gendarmerie. Ein Mann hätte die ganze Demonstration beimägen können. Es lag auch Militär in der Stadt und war im Zustand der Bereitschaft, aber es kam kein Befehl zum Eingreifen. In einem Erinnerungsartikel der Zeitung heißt es, ein Schuß des französischen Militärs hätte die ganze Bewegung unmöglich gemacht. Aber die französischen Kommandos hatten die für Frankreichs Interessen gewordenen Leute einfach im Stich gelassen, so daß sie eilend umkommen mußten.

Dieses Ereignis beschleunigte natürlich das Verschwinden der Separatisten in allen Orten der Pfalz. Sie wollten nicht auch an anderen Orten mit solchen Methoden angetrieben werden. Aber der Anspruch auf eine „weltgeschichtliche“ Tat ist tollkühn übertrieben. Die Beseitigung, als ob der Bezirksamtssturm in Pirmasens das entscheidende Ereignis zur Überwindung des Separatismus gewesen wäre, ist falsch. Der Bezirksamtssturm war nur möglich, weil der Separatismus auf dem legalen Weg der Verhandlungen erledigt war. Von diesem Moment an vermieden die Franzosen jede Einmischung und bezeichneten die Herstellung der Ordnung als eine innerdeutsche Angelegenheit. Als allerdings bekannt wurde, welche Opfer diese „Ordnung“ erforderte, griff die Besatzung ein und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Durch das bekannte Londoner Abkommen mußten alle Verhafteten freigelassen werden, mußte aber auch die weitere Verfolgung der Separatisten aufhören.

Diller fühlt sich bekanntlich an dieses Abkommen nicht mehr gebunden. Er hat alle ehemaligen Separatisten verhaftet und in die Gefängnisse und Konzentrationslager werfen

lassen. Dort sitzt jetzt rasch einer nach dem anderen weg, sie können die „Luft“ nicht vertragen.

Das Ziel der Separatisten war, die Pfalz vom Deutschen Reich loszulösen und zu einem autonomen Staat zu machen, der später mit einem autonomen Rheinland und mit Elsaß-Lothringen zu einem starken Pufferstaat zwischen Deutschland und Frankreich verschmolzen werden sollte.

Die Anregungen gingen aus von französischen Politikern und wurden in der Pfalz zunächst aufgegriffen von einigen Elsaß-Lothringern, von christlichen Streibern, die eine Rolle spielen wollten, von den Organen der Besatzungsbehörden und später von allen Unzufriedenen, die glaubten, sich dadurch für das ihnen widerfahrene Unrecht rächen zu können. In den letzteren zählten besonders die radikalen Bauern und Kleinfabrikanten. Als General de Metz sehr offen und aktiv in die Bewegung eingriff und dadurch der Erfolg immer näher rückte, bemühten sich natürlich zahlreiche „Patrioten“ und „nationale“ Bürger, besonders die Besitzbürger, sich neutral zu verhalten. Sie waren bereit, ebenso gute Franzosen zu werden, wie sie mit der steigenden Macht Dillers 100prozentige Deutsche und Hitleranhänger geworden sind. Da alle Separatisten vor deutschen Gerichten als ungläubwürdig gelten, kann nie festgelegt werden, wieviel Mark durch große Unternehmen in die Separatistenkassen gelassen sind.

Jedenfalls behaupten die eingeweihten, jeht im Ausland lebenden Separatisten, daß ein großer Reichtum, der jetzt täglich mit dem Naziführer ansteigt, sehr erhebliche Summen in die Separatistenkassen gesendet hat. Ein anderer großer Unterstützer, der heute als unantastbar auf national gilt, hat damals in einem ausführlichen Gutachten die Vorteile nachgewiesen, die für die pfälzische Bevölkerung und Wirtschaft durch die Einführung des Franken entstehen würden.

Durch das Verhalten dieser für eine Renaturierung maßgebenden Schichten wurde die ganz rechts stehende Cuno-Regierung in ihrer Haltung schwankend und auch die Pfalz für Deutschland verloren. Der damalige Innenminister Dörres brachte ganz offen zum Ausdruck, daß nichts anderes übrig bleibe, als die vom Separatismus bedrohten Gebiete verfallen zu lassen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter hatten eine andere Meinung und waren davon überzeugt, daß bei entsprechendem Widerstand die bedrohten Gebiete für Deutschland gerettet werden könnten. Sie waren deshalb die Seele des Widerstandes, wobei erwähnt werden muß, daß auch einige katholische Führer und Pfarren den Widerstand entschieden unterstützten. Soweit sich heute Nazis rühmen, am Widerstand teilgenommen zu haben, waren es Gewerkschaftsangehörige, die dem Widerstand der Arbeiterklasse nur gefährlich waren. Durch ihre Tummelungen und Landstreichereien hätten sie beinahe den Franzosen die Macht völlig ausdelicert. Noch einige Attentate, wie das von Schlageter, und die Franzosen hätten die Möglichkeit gehabt, durch eine scharfe Militärdiktatur jeden Widerstand unmöglich zu machen. Zwar gab es schon starke Beschränkungen, Gefängnisstrafen und Ausweisungen, dann und wann sogar ein Notverbot, aber gegenüber den heutigen Zuständen in Deutschland war die „Bedrückung“ durch die Besatzung ein wahres Freiheitssymbol. Dabei soll aber ausdrücklich betont sein, daß natürlich für die Betroffenen Gefängnis und Ausweisung teilweise sehr hart sein konnten.

Daß sich bei dem furchtbaren Gewaltstun in Pirmasens auch viele Sozialdemokraten und Kommunisten beteiligten, war auf das Mitleid gegenüber den zahlreichen Hebergriffen und Gewalttaten dieser dunklen Elemente, die als „Separatistenkämpfer“ angesehen waren und die „Ordnungsorgane“ darstellten, zurückzuführen. Es waren dies dieselben Elemente, die auch den Weg zur gewalttätigen SA lauden und man kann auch heute noch zahlreiche ehemalige Separatisten im SA-Gewand sehen. Sie gelten als Befehre, denen nichts geschieht. Es ist sogar vorgekommen, daß verhaftete Sozialdemokraten von den gleichen Begleitmannschaften in die SA-Kaserne geführt wurden, wie vor zehn Jahren in die Separatistenkaserne. Gewehrlast war nur die Uniform. Darunter steckte derselbe Stroh.

Judenkämpfungen bis ins dritte Glied und jene Elemente, die sich einmal demokratischer oder sozialistischer Gesinnung verabschiedet hatten. Da sollte man denken, daß es jetzt den „Freien Berufen“ in Deutschland wirklich hervorzuzudrängen.

Ganz im Gegenteil! Es geht ihnen so schlecht wie nie zuvor. Das „Kerzeblatt“ von Berlin veröffentlichte vor kurzem einen Jammerartikel über die Not des Kerzehandels. Und das, trotzdem von 60.000 deutschen Kerzern 30.000 — nach früherer nationalsozialistischer Statistik — aus dem Beruf eigentlich ausgestaltet sind. Nach den Angaben des „Kerzeblattes“ haben von den heute in Deutschland 50.000 tätigen Kerzern circa 7.000 überhaupt keine Erlönsbasis. Ungefähr 1000 erreichen nicht ganz das Existenzminimum von monatlich 100 Mark, während weitere 12.000 ein Einkommen von 300 Mark erreichen. Die Reichsversicherungsanstalt, die öffentlichen und privaten Krankenversicherungen, die nur noch arische Kerzte beschäftigen, können heute noch lange nicht alle Kerzte beschäftigen. Privatpraxen sind nur noch bei wenigen außerordentlichen Kerzten vorhanden. „Es hat sich bisher noch nicht gezeigt, daß die Abwanderung der arischen Patienten von jüdischen Kerzten einen großen Einfluß auf die Einkommensverhältnisse der deutschen Kerzerei ausübt“, trotzdem nur 500 jüdische Kerzte bisher aus Deutschland ausgewandert sind.

Die Honorare der Verhörungen sind demotisch gerina, daß ein Arzt pro Tag mindestens 20 Patienten haben muß, um überhaupt leben zu können. Dabei sind die sanitären Verhältnisse meistens schlecht geworden, als früher in Deutschland auf 1000 Einwohner, heute auf 1800 Einwohner (Kassenpatienten) ein Arzt entfällt. Der Strompreis, die Kosten für die Praxis usw. sind gestiegen, die Honorare sind vermindert worden (es gibt viele Klassen, die nur noch 2 Mark pro Patient bei erster Untersuchung und 1 Mark bei weiteren Besuchen bezahlen). Selbst Kerzten mit großer Privatpraxis geht es nicht mehr allzu gut, denn wenn überhaupt, so werden die Kerzerechnungen nur in langen Monaten festschreibend befristet. Abgegeben wurden den Kerzten große Pakete anfordert. Beiträge für den Bund und Verband, Abgaben aller Art, kostenlose Behandlungen von SA- und SS-Praxen usw. Das alles macht eine materielle und ideelle Belastung aus, die den Medizinern ihre Arbeit nicht erleichtert.

Ganz ähnlich geht es den Rechtsanwälten, obwohl hier das konkurrierende jüdische Element noch viel rigorosier verhält. In einzelnen Großstädten hat sich die Zahl der Anwälte durch Ausfaltung der Juden, die nicht mehr vor Gericht auftreten können, tatsächlich auf die

## Zuchthaus! Gefängnis!

### Strafen über Strafen

Dresden, 21. Febr. Der Kellner Friedrich Kolob aus Dresden, der in einem Buchhof 100 Exemplare des „Gegenangriff“ und 100 Exemplare der „AZ“ über die Grenze zu schaffen versucht hatte und dabei verhaftet worden war, wurde für „sein verwerfliches Tun“ und die „an den Tag gelegte ehrsüchtige Gesinnung“ vom Sondergericht Freiberg zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Das gleiche Gericht verurteilte den Metallarbeiter Alfred Raaden aus Rastbach (Elschollomawerke) zu 3 Jahren Zuchthaus, weil er eine größere Anzahl von Briefen über die Grenze brachte, die von deutschen Emigranten geschrieben und für ihre in Deutschland lebenden Bekannten bestimmt waren; jeder der Briefe enthielt zwei Nummern des „Neuen Vorwärts“. Ferner wurde der Arbeiter Walter Donath aus Jittan zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er Handzettel kommunistischen Inhalts aus der Eischollomawerke mitgebracht und sie in den Straßen von Jittan verteilt hatte, ebenso der Geiger Max Krohn aus Oberlungwitz zu 8 Jahren Zuchthaus, weil er kommunistische Neuungen und Broschüren aus dem Ausland eingeführt und in dem Restaurant „Stadt Chemnitz“ in Hohenstein-Ernstthal verkauft hatte.

Darmstadt, 15. Febr. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurden vom Straßengericht des Oberlandesgerichts Darmstadt vier Kommunisten verurteilt: der Journalist Georg Buchwald zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis; der Satiriker und Tapezierer Johann Bertan und der Maurer Georg Petri zu je zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und der Maler Johann Wilhelm Schröder zu einem Jahr Gefängnis.

Berlin, 18. Febr. Der Stadtoberinspektor Erich Kroll hatte vor mehreren Tagen einem Passanten den Arm heruntergeschlagen, den dieser zum Hilferuf erhob; er erhielt eine Gefängnisstrafe von einem Jahr.

## SA behandelt wie „Schnorrer“

### Nach dem Zeugnis von Nationalsozialisten

In der „Westfälischen Landeszeitung“ lesen wir: Von der Kreisleitung der NSDAP in Dortmund werden wir um Veröffentlichung folgender Zeilen gebeten: „Es gehen uns täglich Beschwerden darüber zu, daß Amtswalter bei der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit behandelt werden wie Schnorrer. Anstehend ist vielen Mitgliedern noch nicht bekannt, daß alle organisatorischen Arbeiten der NSDAP und der GPO, wozu auch das Einfahren von Beiträgen gehört, unentgeltlich im Interesse der Durchführung unserer Aufgaben und Ziele erledigt werden und daher wohl erwartet werden dürfte, daß man den Amtswaltern mit mehr Höflichkeit entgegenkommt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß angerechnet diejenigen Volksgenossen, die das Wort „Gemeinschaftsarbeit“ so oft im Munde führen, nicht die mindeste Rücksicht auf die große Arbeit der Amtswalter nehmen, sie vielmehr in einzelnen Fällen Stundenlang warten lassen oder sogar unzählige Male wiederbehalten.“

Da eine nationalsozialistische Kreisleitung so die Stimmung gegen „Amtswalter“ der Nazis schildert; dürfte sie nicht übertrieben sein.

### Der unvorsichtige Sanitätsrat

„Seine eigenen Gedanken über die Verwendung der durch die Winterhilfe gesammelten Gelder machte sich der Sanitätsrat Dr. A. aus Neumünster. Er äußerte sich zu dem Zweck, daß die jetzt in riesigen Mengen hergestellten Wintermäntel der SA überflüssig sind und die Winterhilfskasse bezahlt würden. Man hat ihn nunmehr in Schandhaft genommen, da durch seine Äußerung angeblich die Neumünsterer Volksgenossen so ins Kochen geraten sei, daß Gefahr für Leib und Leben bestände.“

### „Getreue Freunde . . .“

(Anspruch) Das Sondergericht Hanau verurteilte einen zu 10 Prozent kriegsbeschädigten Schlosser aus Bruchsal zu 4 Monaten Gefängnis, weil er in seinem Bekanntenkreise eine Bemerkung über Diller gemacht und die Internationale geschimpft hatte.

## Wie gehts der Nazi-Intelligenz?

Wie es Arbeitern und Angestellten im neuen Deutschland ergeht, abgesehen von jenen, die wegen ihrer jüdischen oder marxistischen Vergangenheit zum größten Teil aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschlossen sind, ist zur Genüge bekannt. Der von ihnen nicht führende in der nationalsozialistischen Bewegung tätig war und sich nicht dadurch des Anrechts auf einen gültigeren Fiskus erwidern hatte, mußte bald erkennen, daß ihm auch im „arischen Reich“ keine gebührenden Führer in den Mund flogen. Der dauernde Lohn- und Gehaltsabbau, verbunden mit Preissteigerungen, die einsehende Entregung, gekrönt durch das neue Arbeitsgesetz, verleierte auf die Vgl.-Arbeiter und Angestellten nicht weniger in Erregung, als die offenen und heimlichen Gegner hitlerischen „Sozialismus“ unter der Arbeiterklasse. Hatte man in diesen Kreisen auf die Verprechungen der Nazis gebaut und sich eine Besserung durch die „Führer“ erhofft, so erwarteten in besonderem Maße gerade die sogenannten „Freien Berufe“ von der Regierung Diller das goldene Zeitalter. Auf den ersten Blick hin mit einer gewissen Berechtigung. Immer wieder war ihnen die furchtbare Konkurrenz durch Juden und Judenkämpfungen vor Augen gehalten worden, immer wieder verdrängte man ihnen durch die Ausbreitung solcher unannehmer „volksfremden“ Konkurrenten ihre Wege zu beherrchen. Man „bewies“ ihnen mit Zahlen, wie allzusehr es ihnen gehen würde, wenn man die Juden erst los war und vertrieben sie auf eine beginnende herrliche Werra des Geldverdienens.

Die gefährlichen, weit übertriebenen statistischen Riffern die man der Weltöffentlichkeit von Juden an den „Freien Berufen“ unterwarf, sollten die Hoffnung sein für den Moment, in dem die Juden aus diesen Berufsgruppen entfernt werden würden. 72 Prozent aller Kerzte in Deutschland seien Juden. In sich 88, in Provinzstädten erhöhe sich dieser Satz bis auf 75 Prozent, und wenn die ausgeschaltet sind, muß es den deutschen Kerzten allzu gehen. In Berlin sind von den Anwälten 45 Prozent, in Hamburg 25 Prozent, in Frankfurt a. M. nur 64 Prozent Juden. Was müssen die Anwälte zu tun haben, wenn sie diese Konkurrenz los sind?

Oder bei den Wissenschaftlern? Da gab es bei den medizinischen Fakultäten angeblich 1932 45 Prozent jüdischer, über 1914 26 Prozent jüdische Professoren, an der Breslauer juristischen Fakultät 1932 angeblich 50 Prozent jüdische Lehrer. Wie zur Hölle es den deutschen Wissenschaftlern gehen, wenn erst die Juden überall entfernt wären! Heute sind sie alle reiflos entfernt und mit ihnen noch alle

Hälfte reduziert. Daß es dadurch den verbliebenen arischen Advokaten besser geht, wurde bis jetzt noch nicht einmal offiziell behauptet. Die Justizgerichte sind heute nicht mehr voll beschäftigt, da Klagen keineswegs beliebt sind. Wenn man nicht muß, geht man heute in Deutschland nicht vor Gericht. Die Angst ist zu groß. Finanzielle Transaktionen, die früher einen Anwalt benötigten, Verträge usw., Notariatsgeschäfte, sind so verschwunden geworden, daß auch der Anwaltsstand durch die Entfernung der marxistischen und jüdischen Elemente nichts gewonnen hat. Früher gab es in Berlin z. B. 4200 Anwälte, davon beinahe 2000 jüdische. Heute sind es nur noch 2500 und die haben nichts zu tun. Für Armen sachen gibt es, abgesehen davon, daß sie sehr spärlich sind, ein Bettelhonorar, die ex-oso-Gebühren sind bei Gericht von 40 Mark auf 15 Mark herabgesetzt worden. Tatsächlich geht es nur jenen Anwälten noch einigermaßen, die durch die Aufnahme eines bekannten jüdischen Kollegen als Bürobeamten sich andere gute Klienten ergatterten. Aber selbst das bapert es. Denn die Vorläufer an Gerichtskosten, die oft später nicht einmal einzutreiben sind, bringen die Anwälte in mühselige Lagen. Der nationalsozialistische Juristenbund errechnete für die 40.000 arischen Rechtsanwälte in Deutschland ein Durchschnittseinkommen von 200 Mark pro Monat. Das heißt so viel, als daß mindestens 50 Prozent ganz ohne Einkommen sind und daß es in jeder Großstadt eine wenn auch bescheidene Anzahl von Advokaten gibt, die es über 1000 und bis auf 2000 und mehr Mark pro Monat bringen, der weitaus größte Teil der deutschen Anwaltschaft das Existenzminimum nicht erreicht.

Bei den freien Schriftstellern sieht es ähnlich schlimm aus. Sie können mit wenigen Ausnahmen für ihre Geistesprodukte kaum einen Verleger finden, und selbst wenn sie gedruckt werden, so ist der Absatz von Büchern und Druckschriften heute so gering, daß nur Hungerhonorare herauskommen. So betrug z. B. die Buchabrechnung eines Theaterkritikers für ein Stück, das an verschiedenen Bühnen mehrmals aufgeführt wurde, ganze 207 Mark. Mit geringen Ausnahmen von Prominenten geht es den deutschen Schriftstellern, die angewungen sind, ohne amtliche Nebenberufe von ihrer Feder zu leben, ganz miserabel. Daran kann auch der Hinkelische Kulturbund nichts ändern, wenn er Preisausstellungen und alle möglichen sonstigen Veranlassungen zugunsten der Schriftsteller stellt. Die leeren Wände der vertriebenen oder vor den Hitler-Parasiten geklüfteten geistigen Elite konnten weder in der Wissenschaft, noch in der Literatur, noch überhaupt in den „Freien Berufen“ eingenommen werden. Mittelmäßigkeit muß zugrunde gehen, Deutschland verborst!

Kurt Haas.

# Artur Dinter lebt noch

Er schächtet die „Truthähne Gottes“

Niemand im „dritten Reich“ weiß heute, ob sich der „neue Luther“ gegenwärtig zur katholischen, evangelischen oder germanischen Kirche rechnet. Von Haus aus ist er Katholik, im evangelischen Deutschland geben ihn die Seinen gern als neuesten Kirchenreformer aus, um die Evangelischen fürs „dritte Reich“ zu gewinnen, während sich die Wotanschriften auf seine germanische Rassenlehre samt Arierparagrafen berufen. Jede der rivalisierenden Kirchen und Sekten reklamiert den „Führer“ für sich. Wie durch Mißbrauch aller moralischen und politischen Begriffe, so hat er vorläufig auch mit der Religion gute Geschäfte gemacht.

Nun möchten die Wotanschriften Klarheit schaffen. Im Januar seiner „Deutschen Volkskirche“, Monatschrift des „Kampfbundes zur Wiederherstellung der reinen, von allen jüdenchristlichen Fälschungen befreiten Heilandslehre“, wertet der alte völkische Arier, der den Kitschroman „Die Sünde wider das Blut“ geschrieben hat, Dr. Artur Dinter dagegen, daß die Deutschen Christen (Reichsbischof Müller und Hossenfelder) wie die neue Gottlosengilde der „Deutschen Glaubensbewegung“ (Hauer und Bergmann) ein ungeheures Chaos in der völkisch-religiösen Bewegung angerichtet hätten — vor allem „durch die wahrheitswidrige Propaganda“, der Führer stehe an ihrer Seite und habe seinen Pgs verboten, der Dinterschen „Reformationsbewegung“ anzugehören. „Das Gegenteil ist wahr...“ Und man erfährt, daß Hitler mit Dinter gefrühstückt und sich sehr freundlich über seine Sekte geäußert habe. Dann geht es weiter:

„Wir alten nationalsozialistischen Kämpfer lassen uns Schikane und Hemmungen seitens untergeordneter Partei- und Polizeiorgane, die das Wort Nationalsozialismus nur im Munde führen... unter gar keinen Umständen bieten!... Die aufeinander eingeteufelte Sippe der jüdisch-römischen und jüdisch-evangelischen Jahwepriester werden sich jetzt vereint auf uns stürzen... Diese Truthähne Gottes... Wir werden diese Herrschaften, die in

großen Zeitungsanzeigen uns unehrlichen Kampf „wider besseres Wissen“ vorwerfen und Versammlungen gegen uns ankündigen, mit einer Gründlichkeit bedienen, die nichts zu wünschen übrig lassen wird!... Mit Hitler- und Luther-Heil!“

Wenn das kein erhebendes Bild brauner Einigkeit ist! Selbst im Reformations- und Wotanslager drischt man aufeinander, gleichzeitig schlägt jede der Sekten nach dem Christuskreuz. Auch führende braune Oberbonzen beteiligen sich an dem Sport. So kürzlich der bayrische Kultusminister Schemm in einem Vortrag vor den Berliner Nazilehrern. Nach einem Bericht des „Völkischen Beobachters“ (3. Februar) sagte Schemm:

„Wir Nationalsozialisten, die wir stolz darauf sind, das deutsche Volk zur rassistischen Einheit zusammengeschweißt zu haben, verbiten uns, daß man die Weltanschauung unserer Väter als Heidentum bezeichnet. Man legt in diesen Begriff Heidentum Gottlosigkeit hinein. Der Glauben unserer Väter ist an Größe, Tiefe, Ethik und kosmischem Denken viel gesünder als es manche andern Religionen sind. Das Problem, vor dem die Kirche steht: Entweder die Kirche beider Konfessionen macht die Tore auf für die Begriffe Rasse und Volk, oder sie geht den Weg des Untergangs.“

In ähnlichem Sinne tönten Artikel, die kürzlich nicht nur in Naziblättern, sondern auch in der gleichgeschalteten Presse erschienen und Karl dem Großen eine schlichte Zensur erteilten, weil er durch Abschachtung tausender wotansgläubiger Sachsen den „Glauben unserer Väter“ verraten und die germanische Geschichte geschändet habe. Das alles war in Blättern zu lesen, für die noch vor einem Jahre derselbe Karl als edler Vorkämpfer des Christentums galt! Göbbels Propagandazentrale sorgte dafür, daß diese Artikel schlagartig in der Presse erschienen — und wieder ist die Frage fällig: zu welcher Kirche gehört Hitler nun eigentlich und zu welchem Gott will er sich endlich bekennen?!

# Die verlorenen Ahnen

Ein Wirth in tiefem Kummer

Ein sorgenvoller Mann ist Herr Dr. A. Wirth aus Tittmoning. Er scheint zwar mit dem berühmten Ura-Linda-Wirth nicht identisch zu sein, aber auch mit diesem Wirth wunderbar sieht man erstaunt und vergnügt an der Rassen- und Ahnentafel. Unter dem Titel „Ahnenreihe und Ahnenverlust“ veröffentlicht er in der nationalsozialistischen Presse einen Aufsatz, sich und den anderen zum Troste, die in ihrer Ahnenkette Lücken entdecken.

Wirth beginnt seine Ahnen- und Zeittafel mit den Zimbern und Teutonen.

„Nehmen wir im Lichte dieser Ausführungen vier Geschlechter für das Jahrhundert, so kämen wir auf 82 Generationen. Das ergäbe die ganz ungeheuerliche Summe von fünf Quadrillionen Ahnen! Das ist eine Zahl mit 24 Nullen. Nun beherbergt Deutschland bekanntlich nur rund

65 Millionen Einwohner. Wir haben demgemäß rund 120 000 Milliarden mal so viel Ahnen gerechnet, als es überhaupt Deutsche gibt. Einschaltungsweise darf man schüchtern darauf aufmerksam machen, daß zur Zeit der Zimbern und Teutonen die Länder, die heute Deutschland und Oesterreich ausmachen, von höchstens fünf Millionen besiedelt waren. Wie ist also der ungeheuerliche Fehlbetrag zu erklären?“

Keine Unruhe! Wirth gibt uns sofort Aufschluß: „Durch Ahnenverlust. Man erinnere sich, daß häufig Vettern Basen heirateten, und nicht ganz selten zwei Brüder zwei Schwestern. In weiterem Kreise wird die Verwandtenheirat geradezu zur Regel. Noch bis vor kurzem rief es Erstaunen hervor, ja, Erbitterung, wenn eine Ramsauerin nicht einen Ramsauer, wenn ein Bremer Ratskind nicht ein ebensolches, wenn ein Fischer an der Water-

kant nicht eine Fischerstochter vom selben Ort ehelichte. Am bekanntesten und am leichtesten nachzuweisen sind natürlich die Verhältnisse bei den Fürstengeschlechtern. So heißt es, daß noch im heutigen Deutschland nicht weniger als tausend Sippen vorhanden seien, die ihren Ursprung auf Karl den Großen zurückführen können. Man frage das deutsche Adelsblatt! Nicht ganz gering wird die Menge der unehelichen Kinder aus fränkischen Häusern gewesen sein. Von August dem Starken, der vor etwas mehr als 200 Jahren regierte, sagt man, daß er 354 Kinder der Liebe erzeugte.“

Wir gut also, daß wir die Fürsten hatten. Sie sorgten für gute Zucht im Volke. Wer meint, daß neben der landesväterlichen Betreuung der weiblichen Untertanen auch das private Vergnügen eine Rolle gespielt habe, der tut ihnen bitter unrecht.

Doch genug davon. Der ziffernmäßige Ahnenverlust hat nämlich auf der anderen Seite zu einem Plus von ungeheurer Bedeutung geführt. Hören wir Wirth:

„Welche Folgerung ist aus jenem ungeheuerlichen Ahnenverlust zu ziehen? Die Sicherheit einer ungemein engen Volksverbundenheit. Es ist ja nicht zu leugnen, daß die bayerischen Grafen Butler auf Iren zurückgehen, die im Dreißigjährigen Krieg zu uns kamen, daß zahlreiche Hugenotten in Köln, Frankfurt und Berlin einwanderten, daß die Brentano, Barbarino und Dallarmi auf Italiener zurückgehen, daß russische Großfürstinnen und englische Prinzessinnen seit Adelheid, der Tochter Alfreds des Großen, nach Deutschland heirateten, — das fremde Blut ward jedoch so gut wie restlos aufgesogen. Durch die innige Verschmelzung des Volkskörpers im langen Volk-Werde-Prozeß, wie sie aus dem Ahnenverlust hervorgeht, wird jene innige nationale Verbundenheit gewonnen, an der wir uns jetzt in Deutschland erfreuen und die wir nicht genug betonen können.“

Nun waren es freilich nicht nur die Butlers und Brentanos, sondern auch die Levy, die Oppenheimer, die Friedländer, die an diesem Volk-Werde-Prozeß mitgewirkt und manches leicht degenerierte Ahnenblut aufgefrischt haben. So, daß man in Berlin und anderswo diese Scherzfrage hören kann: „Was ist noch wertvoller als die arische Großmutter?“ Antwort: „Die jüdische Urgroßmutter, denn die brachte Intelligenz in die Familie.“

Wie dem auch sei: das innig verschmolzene deutsche Volk mit diesen vielen rassistischen Einsprengeln ist heute völkische Edelmischung, wenn auch nicht biologisch, so doch politisch. So daß der Dunkelhaarige, Hakennäsige oder Klumpfüßige nicht zu verzagen braucht. Im Gegenteil: Leute dieser rassistischen Zweideutigkeit können sich unter Umständen in besonderem Maße zu Führern der Volksgemeinschaft eignen und die Ahnentafel regenerieren.

## Was man sich zuflüstert

„Wie geht es Ihnen?“  
„Ganz ausgezeichnet. Ja, das „dritte Reich“.“  
„Was wollen Sie damit sagen.“  
„Dasselbe, was Sie sagen wollen.“  
„Um Himmels willen, das bleibt unter uns.“  
„Darauf können Sie sich verlassen.“  
„Heil Hitler.“  
„Heil Hitler.“

„Es riecht verdammt nach Krieg.“  
„Wieso?“  
„Hitler hat eine neue Friedensrede gehalten.“

# Jüdische Erneuerung

Zur Schrift Alfred Döblins\*)

Eine kleine Schrift ist es. Aber mehr als das: Anruf, Klage, Forderung! „Im Anfang war das Wort“ — dieser Bibelsatz, deren viele der Verfasser zitiert, umspannt als Leitmotiv den gewaltigen aufrührerischen Inhalt des schmalen Bandes.

Das ewige Judenschicksal wird umrissen: einst „Volk“ — in der schönsten Deutung des Wortes — sind die Juden von Exil-Heimat zu Exil-Heimat gejagt worden durch die Jahrtausende. So wurden sie zum „Volk - Nichtvolk - Uebervolk“. Die Schuld daran tragen, so sagt Döblin, Besiz und Priester. „Sie haben eine Notstellung bezogen, und die Notstellung frißt sie auf. Widerstand aus diesem „Krüppeldasein“ zu leisten, war nur da möglich, wo, wie im Osten, große Massen Juden zusammenhielten und das Sprungbrett nur einer kleinen Zahl Platz ließ. Im Westen gab es die Auflösung — in das strudelnde Nichts.“ Döblin nennt sie eine „Zwischenschicht“, die in der Geschichte und für die Geschichte der Völker mitarbeitete — „und diese Geschichte war nicht die ihre“.

„In die Masse dieser Riesenvölker hineingerissen, wurden die Westjuden Glieder ihres Mittelstandes, bisweilen, aber nicht gar zu häufig, ihres Reichtums, und nahmen die träge, unernte, genußsüchtige Haltung dieser in Europa vorherrschenden Schicht an. Dies also war der Hafen, in den die Hauptmasse der westlichen Judenheit einige Menschenalter nach der Emanzipation einfuhr, gewiß nicht Ghetto, auch nicht das Land des Messias, aber verwesendes Abendland. Kein Wort kann so scharf sein, um die Entgeistung, Entseelung, Entgottung dieser Schichten zu charakterisieren, über die die Tobsucht des Kapitalismus raste.“

Döblin geht weiter als die „Theoretiker“, wie er sie nennt, die gegenüber dem Juden vom „Wirtsvolk“ sprechen. Er sagt offen heraus „Ferrenvolk“ und behauptet ferner, „es ist in allen Ländern ein unerhört weiter, nein, überhaupt kein Weg von der Staatsbürgerschaft auf dem Papier zur echten des Herrenvolkes, aber ein relativ kleiner zur offenen Unterdrückung, Vertreibung und zum Pogrom. In der Exil-Heimat leben sie, überall müssen sie draußen stehen und sich einmischen, und es gelingt nicht — sie gehören nicht dazu! Es sind Vaterländer und Vaterländer, und sie können tausend-

mal denken, es ist auch ihres, aber es kommt die Stunde, wo die Tür vor ihnen zuschlägt. Dieses Türzuschlagen hat jeder Exilheimat-Jude im Ohre. Sie sollen sich gestehen, daß sie Menschen sind und leiden, und daß sie ihr Leiden, dies aushörende, beenden wollen.“

Die anklagenden Worte des Propheten wider das sündige Israel spricht der Verfasser nach, und er findet neue zum Anruf an das Volk, um dessentwillen auch er, der Arzt und Schriftsteller von „Berlin-Alexanderplatz“, an die Klage-mauer geht. Das geschriebene Wort wird ihm zum Schrei, der von denen gehört werden soll, deren Erneuerung er mit allen Fibern des zurückgestoßenen, unermüdeten Kämpfers heraufbeschwört. Was bisher diese „Erneuerung“ hinderte, war „Nichtwollen“: Führungslosigkeit, Messianismus, Bequemlichkeit, Hoffnungslosigkeit, Unwissenheit.

Vier Kräfte zur Entscheidung weist Döblin: einmal den „Zionismus“, dessen „Kompromiß-Staatenbildung“ keine „Patentlösung“ für 14 bis 16 Millionen allerorten verstreut lebender Juden sein kann. Neuer Lebensraum für Massenstellungen muß gefordert werden — in Peru und Australien. Für die jüdische Kolonie in Rußland fürchtet Döblin, ihre Bewohner möchte der allgemeine Proletarisierungsprozeß mitreißen und „sojjetrussisch einschmelzen“, wodurch die Judenschwierigkeit überdeckt, statt gelöst wird.“

Weiter verlangt Döblin für die Juden das Minoritätenrecht mit der kommenden wirklichen Emanzipation, als die er nur „die politisch geregelte Berührung mit der Mitwelt“ ansieht. Der Schriftsteller Döblin spricht von „einem schwärmerischen, aus der großen französischen Revolution stammenden, Gleichberechtigung fordernden Zeichen: „Alle Menschen werden Brüder“. Der anklagende und fordernde Dichter Döblin sagt, 150 Jahre später, auch in einer Zeit, da die Erde bebte und die Menschen schwärmen: „Werdet Völker, um Brüder sein zu können.“

„Die jüdischen Massensiedlungen“ sind die dritte Forderung. „Das jüdische Volk-Nichtvolk muß auf dem Wege zu seiner Regeneration die kämpferische Solidarität, und zwar im Kampf um seine Erde, gewinnen.“ Ueber diese Forderung, die von der gleichen Warte aus auch die Nationalsozialisten erheben, gleitet Döblin ins Ewig-Menschliche-Transzendente: „An diesen nie zu verlierenden Anfang alles irdischen Lebens müssen sie hin, wenn sie Menschen,

„dem Bilde Gottes ähnlich“, sein wollen und dieses Bildes würdig, frei und stolz sind.“ Zu diesem Ziel ist eine „weltliche Zentrale der Juden“ notwendig aufzurichten. Alle Staaten, in denen Juden siedeln, werden zur Mitarbeit aufgerufen. „Steht dem alten Menschheitsvolk bei seiner Wiedererhebung zur Seite!“ Die vierte und entscheidendste Kraft ist aber die „jüdische Reformation, der nunmehr fällige Abbau des jahrtausendalten Schutts“.

Döblin erblickt in den von Mose nach der jüdischen Grund-schrift gebrachten Satzungen — keine Religion, sondern die jüdische Staatsräson. Eine religiöse Erhebung der Juden soll den Rückgriff auf den ältesten Kern als klare, echte Religion freilegen: „Sie hat den strengsten, gewaltigsten Gottesglauben, und all unser Erkennen der Natur und Wissen um die Welt beruht von einem unaussprechbaren, anonymen, wichtigen, gestaltenden, weltbauenden Ich. Diese allein wahrhaft seiende Gewalt duldet keinen Namen, auch nicht den eines „Gottes“. „Ich bin, der Ich bin — Ich werde sein, der Ich bin, Ich bin, der Ich sein werde.“ Ich wüßte nicht, wie man klarer das ungeheure Ichgetragene Urwesen, den Urgrund und Ablauf der Welt nennen soll.“ Diesseitslehre und Gerechtigkeit sind, so folgert Döblin, der Kern der jüdischen Religion, die gewaltige Sicherung ihrer Zukunft.

„Es wird an uns allen, die lebendig sind und zwischen dem Materialismus und der Mystik Spiebruten gelaufen sind und denen beinahe das Leben dabei wegfloß, liegen, zu diesem Kern der Religion vorzustößen, um uns unserer Pflicht gegen das Dasein nicht zu entziehen.“

Die Forderungen des Verfassers sind im Wirrwarr des aufrührerischen Abendlandes, von dem er sich die Abkehr der Juden erwünscht, augenblicklich vielleicht noch wirtschaftliche und politische Utopien. Aber der menschlich-geistige Anspruch dieses neuen Künders ältester Menschengesetze ist mitreißend, so daß man sein Buch ohne Atem-pause abwägender Besinnlichkeit durchfliegt.

Da ist eine dichterische Fermate über das Weinen. Ueber die Kraft des Weinens. Weinens allein genügt nicht! Das geht nicht nur die Juden an — das richtet sich an alle, an alle — „die Ebenbilder Gottes“ sein wollen. „Denn Religio, von der hier geredet wurde, ist keine Religion der „Juden“, sondern der Menschen.“ Dieser Satz ist das Finale der kleinen Schrift. Aber man vermöchte noch Seiten weiter zu schreiben, so voll ist man der Gedanken, die nur anklingen. Runden sie sich zur Sinfonie, so ist jenes neue, ewige Weltbild da, das für uns „Sozialismus“ heißt. Die „jüdische Erneuerung“ trägt alle Bürden auf dem Menschheitswege mit, den wir alle noch vor uns haben.

Ellinor Werren.

\*) Querido Verlag, Amsterdam.

# „Nicht ganz rasserein“

## Ein Sittenbild aus einer deutschen Großstadt

In einem rechtsrheinischen kleinen Aßner Ort, so berichtet der „Westdeutsche Beobachter“, lebte eine Familie, von der es vielfach hieß, sie sei nicht ganz rasserein. Die Frau selbst sollte auch schon geküßert haben, sie sei eine Jüdin. Nun hatte am 20. August vorigen Jahres ein Sohn dieser Familie, der bei einer Aßner Anwaltsfirma als Referendar tätig war, als Partei gegen eine Frau aus dem Orte in einem Namensprozess aufzutreten. Bei dieser Gelegenheit plägierte wohl die Gemüter etwas aufeinander, zumal die belagte Frau ihren Gegner, den Referendar, recht gut kannte und ihr auch das Gerücht über seine vermeintliche Abstammung nicht unbekannt war. In dieser Verhandlung ereiferte sich die Frau immer mehr und schließlich plägierte sie damit heraus: „Mit welcher Berechtigung sind Sie eigentlich in der NSDAP? Ist Ihre Mutter nicht eine Jüdin?“

Diese Bemerkung, in der Hitze des Gefechts hingeworfen, war die Veranlassung zu einem Strafverfahren gegen die Frau wegen offensichtlich fahrlässiger Beleidigung und wegen Verleumdung. Sie hatte sich am Freitagmorgen vor dem Schöffengericht zu verantworten.

Gleich zu Beginn der Verhandlung regte der Vorsitzende, Landgerichtsrat Kallfeld, eine Verlesung des Streitgeschehens an. Die Angeklagte sollte dem Referendar eine Ehrenerklärung geben und die Kosten bezahlen. Die Frau war auch damit einverstanden, doch lehnte der Nebenkläger diesen Vergleichsvorschlag ab.

Die Angeklagte brachte zu ihrer Verteidigung dann vor, daß sie niemals die Absicht gehabt habe, den Referendar zu beleidigen. Die Bemerkung habe sie allerdings getan, aber erst nachdem der Referendar gerächt zu ihr gesagt habe, sie bekomme in dem Ort überhaupt keine Wohnung mehr, dafür werde er schon Sorge tragen. Im übrigen stelle diese Be-

merkung aber keine direkte Behauptung, sondern nur eine Frage auf.

Hierzu sagte aber der Nebenkläger, daß er in der damaligen Verhandlung als Prozeßvertreter seiner Anwaltsfirma durchaus sachlich und ruhig geblieben sei und die Äußerung, die die Angeklagte ihm vorwerfe, ihr gegenüber nicht gemacht habe. Als Zeuge wurde hierüber auch der Vorsitzende der damaligen Verhandlung vernommen, der auslegte, daß er eine solche Äußerung des Referendars nicht gehört hatte.

Dann trat als Zeuge der Ortsgruppenführer des Ortes auf, der bekundete, daß die Angeklagte ihn vor dem Termin aufgesucht habe. Bei dieser Gelegenheit habe sie ihn auch gefragt, ob sie sich als Nationalsozialistin mit einem jüdischen Anwalt als Gegner zufrieden geben müsse. Im übrigen brachte dieser Zeuge auch vor, daß der Nebenkläger durch Mißhandlung aus der Partei ausgeschlossen und in der SA dispensiert sei...

An Hand eingereichter Unterlagen wies der Vorsitzende darauf nach, daß die arische Abstammung des Nebenklägers nicht bezweifelt werden könne.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Koenig sagte, daß hier eine Verleumdung vorliege, die dazu noch recht schwerer Natur sei. Sie sei nämlich gegen einen Beamten gerichtet, der auf Grund dieses Vorwurfs eventuell aus seinem Amte hätte kommen können. Die Angeklagte wäre vielleicht guten Glaubens gewesen, aber sie habe doch die Absicht gehabt, zu beleidigen, weshalb sie sich auch nicht auf Wahrung berechtigter Interessen stützen könne. Der Strafantrag erging auf einen Monat Gefängnis.

Das Urteil lautete auf 200 Mark Geldstrafe oder ersatzweise zwanzig Tage Gefängnis...

## Die Bar im „dritten Reich“

### „Wer darf in Zukunft als Mixer in Barbetrieben tätig sein?“

Die Bezirksleitung des Deutschen Arbeiterverbandes des Nahrungsmittelgewerbes und die Gewerkschaft des Reichseinheitsverbands des deutschen Gaststättengewerbes haben sich hierzu folgendes mit: Als Barmixer können nur solche Berufscollegen tätig sein und anerkannt werden, die im Besitze eines Ausweises — mit Lichtbild — der Fachgruppe „Mixer“ im deutschen Arbeitnehmerverband des Nahrungsmittelgewerbes sind. Diesen Ausweis erhält jeder Mixer, der den Nachweis einer ordnungsgemäß absolvierten Lehre beibringt. Außerdem können auch Mixer ohne Lehrgang diesen Ausweis bekommen, wenn sie länger als fünf Jahre ununterbrochen den Beruf eines Mixers ausüben. Im letzteren Falle muß auf Anordnung der von der Fachgruppe Mixer eingesetzten Prüfungskommission an einer Eignungsprüfung teilgenommen und diese bestanden werden. Die Verbände vertreten die Auffassung, daß die Gewähr für einen ordnungsgemäß geführten Barbetrieb und eine sachkundige Bedienung des Publikums nur dort gegeben ist, wo ein Mixer mit Berufsangehörigkeit tätig ist. Mitbin ist auch in solchen Betrieben, in denen bis dato nur Bardamen arbeiteten, mindestens ein anerkannter Mixer zu beschäftigen. Barbetriebe, die obigen Anforderungen entsprechen, sind berechtigt, einen diesbezüglichen Hinweis zur Orientierung ihrer Gäste anzubringen. Reichseinheitsverband des deutschen Gaststättengewerbes, Gau Oden, gez. Töring, Gewerkschaft, Deutscher Arbeiterverband des Nahrungsmittelgewerbes, Verbandsbezirk 9, Dessen, gez. Krebs, Verbandsbezirksleiter.

## Alte Kämpfer bevorzugt

### „Im Interesse der Betriebsleistung“

Aus Stuttgart wird berichtet, daß der Sozialreferent der SA-Gruppe Südwest, Riedel, der gleichzeitig kommissarischer Leiter des Arbeitsamtes Mannheim ist, sich gegen die Aufstellung gewendet habe, als ob durch die Sonderaktion zur Rückführung alter Kämpfer in den Wirtschaftsprozess „Parteiabnehmer“ bevorzugt werden sollten. Es sei auch falsch, die Beschaffung des Arbeitsplatzes als Belohnung für die bisherige Haltung zu bezeichnen. Eine solche Aufstellung sei beleidigend für die SA-Männer. Wenn durch Sonderaktionen die alten Kämpfer bevorzugt würden, dann sei das eine selbstverständliche Staatsereignis. Eine Ausnahme im Interesse der Betriebsleistung. Aller Voraussicht nach sei es möglich, die Sonderaktion bald zum Abschluß zu bringen, so daß man sagen könne: Es gibt keine alten Parteigenossen mehr, die ohne Arbeit sind.

## Was es alles gibt

Das braunschweigische Staatsministerium hat eine Verordnung über die Auflösung reaktionärer und monarchistischer Verbände erlassen. Danach werden folgende Organisationen aufgelöst: Rolandsbund, Wärbund, Hoffkriegerkampfbund, Freiwirtschaftsbund, Internationale Freiwirtschaftsliga, Reichsbund für Arbeitsbeschaffung, Deutscher Freiheitsbund und Deutscher Volksbund.

## Träumereien eines Redakteurs

### Was ist, und was er bescheiden wünscht

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 70/71) schließt einen Aufsatz „Presse“ wie folgt:

„Es gibt bei und keine nennenswerte Zahl von Leuten, die eine Zeitung nicht lesen können, aber solche, die sie nicht mehr lesen wollen, gibt es schon. Ihnen ist in der großen Mehrzahl nicht in erster Linie an Kritik gelegen, sie sind keine Feinde des Staates, keine Opposition, keine Reaktion. Nur verlangen sie mit Recht von der Presse, daß sie ihre Chronikpflicht erfüllt, damit nicht die Gerüchte durchs Land laufen. Sie wollen die Individualität, für die der Abdruck oft schon an Rundfunk gehörter Reden, amtlicher und nicht-amtlicher Mitteilungen häufig einfach nicht den Platz läßt. Sie bedauern nicht, daß die Blätter ihnen keine Pressefeiern mehr vorsetzen oder den Streit der Parteien untereinander. Aber sie wollen eine Presse, die auf jedem Gebiet instand gesetzt wird, ihre Aufgabe verantwortungsvoll zu erfüllen.“

## Grüßen! Grüßen!

### Aber nicht die Wimpeln der deutschen Mädchen

Zur Beilegung von Zweifeln, die in der Öffentlichkeit über den Rahnengruß bestehen, gibt die Reichsregierung bekannt:

„Für die Angehörigen der SA besteht die Verpflichtung, sämtliche Sturmabzeichen und Feldzeichen der SA, SS, des Stahlhelms und der Polizei sowie alle Fahnen der alten Armee zu grüßen, ferner die Fahnen der politischen Organisationen der Bewegung und der Hitler-Jugend, sofern sie im geschlossenen Zuge mitgeführt werden; ausgenommen sind die Kommandoflaggen der SA, sowie die Wimpel des Bundes deutscher Mädel und des Jungvolkes. Für die Wehrmachtangehörigen hat der Reichswehrminister angeordnet, daß die Fahnen der nationalen Verbände bei Aufmärschen geschlossener Abteilungen oder öffentlichen nationalen Kundgebungen zu grüßen sind.“

Es entspricht dem Wesen wahrer Volksgemeinschaft im nationalsozialistischen Staat und dem freudigen Bekenntnis zu ihr, daß auch die übrige Bevölkerung ihr Verhalten diesen Bestimmungen anpaßt. Jeder deutsche Volksgenosse wird es daher, ohne daß es hierzu besonderer Vorschriften bedarf, als seine selbstverständliche Ehrenpflicht betrachten, den Fahnen der nationalen Erhebung — der Hakenkreuzfahne und der schwarzweißroten Fahne —, wenn sie im geschlossenen Zuge oder bei einer öffentlichen nationalen Kundgebung gezeigt werden, seine Achtung durch Erheben des rechten Armes zu erweisen, genau so wie es schon immer für jeden guten Deutschen Brauch und Sitte ist, die zahlreichen Fahnen der alten Armee zu grüßen.“

Der Reichsminister des Innern hat in einem Rundschreiben die obersten Reichs- und Landesbehörden ersucht, sämtlichen Beamten, Angestellten und Arbeitern der öffentlichen Verwaltung hiernach mit dem Hinweis Kenntnis zu geben, daß der Rahnengruß eine Ehrenpflicht ist, der sich niemand entziehen werde.

## Jugendwohlfahrt — uninteressant

Das „Deutsche Archiv für Jugendwohlfahrt“ hat sein Erscheinen eingestellt. Auf dem Gebiet der Jugendfürsorge herrscht überhaupt soviel Wirrwarr und ein so harter Bemühenstrieb, daß die gleichgeschaltete „Soziale Praxis“ warnend sagt: „Es ist zu hoffen, daß die künftige Fassung des Jugendwohlfahrtsgesetzes den Begriff der öffentlichen Jugendhilfe eindeutig festlegt... Ohne die Bestimmung eines verantwortlichen führenden Trägers läßt sich keine einheitliche Jugendwohlfahrt gestalten, die die Gefahren des Nebeneinanders verschiedener Instanzen und eines gutgemeinten aber verflachten Dilettantismus in gleicher Weise ausschaltet.“

## Seeräuber

### Piraten schicken ein Ohr ins Haus

Ein besseres Beispiel für das Nebeneinander von Gegenwart und Vorzeit im heutigen Ostasien, als der Ueberfall chinesischer Seeräuber auf den Dampfer „Puan“, von dem jüngst die Zeitungen berichteten, ließe sich schwer finden. Piraten kapern — Mittelalter — ein Schiff mit Dampferkraft und Funktelegraphie — zwanzigstes Jahrhundert — und erbeuten eine Menge gebündelter Banknoten; es stellt sich heraus, daß sie gar keine echten Banknoten erwirkt haben, sondern „Totengeld“, das nur so aussieht, bestimmt, bei den Gefangenenfeiern in Tientsin verbrannt zu werden, damit es die armen Tensel wenigstens im Jenseits besser haben — höchstes Altertum.

Mancher wird vielleicht etwas verwundert gewesen sein. Wie? Piraten? Ganz richtige Seeräuber, wie Klaus Störtebeker und der Kapitän Flint aus der „Schapinzel“? Ja gibt es denn heutzutage solche wilden Sachen noch? Und ob sie es gibt! Mit dem Dampfer „Puan“ begann das neue Jahr. Das alte hatte mit der französischen „Atrique“ und der englischen „Eibel Grabb“ geschlossen. Diese beiden Schiffe waren in den südchinesischen Gewässern im Dezember überfallen worden. Im letzten Halbjahr waren nicht weniger als sechzehn Fälle von Seeräuberei zu verzeichnen gewesen. Wohlwemerkt: Ueberfälle auf große und mittlere Schiffe. Wenn chinesische Dampfer gekapert werden, kümmert sich kein Mensch mehr darum. Das gehört zum Alltag, das war immer so und wird immer so sein.

Der Kampf zwischen den chinesischen Seeräubern und den Handelsschiffen hat eine gewisse Ähnlichkeit mit dem antiken Wettkampf zwischen Torpedobooten, Torpedobootzerstörern, Torpedobootzerstörerzerstörern, Torpedobootzerstörerzerstörern usw. Solange es ging, hielten sich die Piraten an die alte Praxis des Enterns. Den kleinen chinesischen Schiffen gegenüber wird sie auch jetzt noch ab und zu geübt, denn sie sind wehrlos oder so gut wie wehrlos. Aber seitdem die Schiffe im Küstendienst Maschinenabwehre führen, sind die gewöhnlichen Entern an der Gewand gekommen. Jetzt müssen auch die Piraten schießen, wenn sie ihr Opfer zum Stoppen bringen wollen, sie führen also gleichfalls Maschinengewehre. Worauf sich die Handelsschiffe Panzer anschauen und Kanonen aufstellen. Nun lassen sich so die Seeräuber ihre Unternehmungen allerhand kosten, doch da geben sie es auf und verlegen sich auf die, wie sich herausstellte, sehr erfolgreiche Methode des Enterns von innen her.

Ein Dampfer fährt von Hongkong nach Amoy. Er nimmt Passagiere auf, zehn für die erste Klasse, zwanzig für die zweite und hundert im Zwischendeck, lauter Chinesen, Männer und Frauen, alte und junge, Rückwanderer, Kuli, arme Studenten, kleine Händler, Gaudler, Quacksalber, Handwerker, Tertiarbeiter, Leute, denen man die Ehrlichkeit am Gesicht ablesen kann, und solche, die weniger vertrauenswürdig aussehn. Aber ein Schiff kann sich keine Fahrgäste nicht nach dem Gesicht auswählen, sofern sie nur ihre Karten bezahlen.

Gegen drei Uhr früh gibt es urplötzlich einen Höllenlärm, es wird während gefahren und geschossen. Dreißig von den Zwischendeckpassagieren natürlich gerade die offenkundigen Weidmänner, sind über die Besatzung hergefallen, schlagen nieder, was sich ihnen in den Weg stellt; die Piraten erobern im Handumdrehen das Schiff. Die Passagiere werden bis auf dem Deck ausgeplündert, was von der Ladung kostbar und leicht zu verwerten ist, kommt auf einen Haufen, die Raubbeute werden so zerstört, daß eine Weiterfahrt unmöglich ist, und dann erheben sie, wie verabredet, das Hilfsläutzeug, übernimmt die Sieger und die Beute, und den Admiral in Hongkong trifft wieder einmal vor Kerger der Schlag.

Das hat sich oft und in immer den gleichen Formen abgespielt, daß die Schiffe, welche den Dienst in den südchinesischen Hafenstädten versehen, ihre Zwischendeckpassagiere einsperren. Das ist wertvoll zu nehmen. Die Passagierräume sind von dem übrigen Schiff während der ganzen Reise auf das strengste isoliert. Wenn sich die Eisentüren geschlossen haben, sehen die Matrosen schwere Eisentüren noch davor. Das Essen wird durch eine Luke hinabgelassen. An der Luke und vor dem Gitter stehen Tag und Nacht Posten mit Gewehren und mit Handgranaten im Gürtel.

Und trotzdem finden die Piraten noch immer Mittel und Wege. Warum sollten Seeräuber eigentlich immer nur im Zwischendeck fahren? Wie wäre es, wenn sie einmal nicht von unten, sondern von oben her, aus der zweiten und sogar aus der ersten Klasse heraus zum Sturm vorbrächen? Sie haben damit im Sommer letzten Jahres begonnen. Und so wissen die armen Schiffabteilenden wirklich kaum noch, was sie tun sollen. So fiel die „Atrique“ und so fiel die „Eibel Grabb“. Es ist schon ein wahrer Jammer.

Niemand kann man noch trauen. Man sollte doch denken, daß es nichts Harmloseres als ein altes Mütterchen gibt, so ein hilfloses Weiblein, das noch schnell, bevor es stirbt, den Sohn in der Fremde sehen will. Aber der Kapitän denkt und Pak-hu lenkt. Pak-hu heißt auf Deutsch „der weiße Tiger“ und ist der Ehrenname der gefährlichsten Seeräuber.

Berlin in ganz Südchina, das Hauptes der Bande, die mindestens ein Duzend europäischer Schiffe geplündert hat. Die alte Frau hat die Piraten auf der „Eibel Grabb“ geführt.

Seeräuberei ist in dieser Gegend ein richtiger Beruf. Er vererbt sich vom Vater auf den Sohn, er hat seinen besonderen Gott, einen Piratenpatron mit vielen hübschen Tempeln, er besitzt eine ruhmreiche lange Geschichte. Die meisten Seeräuber, jedenfalls die richtig zumtunfähigen, loszulassen der Seeräuberei, gehören Geheimgesellschaften an, den Bänden, den Riten, den Vorsoßbrüdern und wie sie sonst noch heißen. Ursprünglich waren die Geheimgesellschaften politische Bünde, in ihnen hatten sich die Gegner der fremden Mandatsherrschaften zusammengeschlossen. Allmählich wandelten sich die Geheimbünde aber zu einem Teil in Bruderschaften zu gegenseitiger Hilfe, zu einem andern in rein religiöse Verbände, zu einem dritten in Verbrecherorganisationen. Sie terrorisierten als eine Art Camorra die Kaufleute, erpressten ungeheuerliche „Schweigegebühren“, besteuerten die Bauern und sind vielerorts zu einer entsetzlichen Plage geworden. In den Küstengebieten sind häufig aus den Geheimbänden die Seeräuberbanden entstanden.

Es ist sehr schwer, ihnen wirksam beizukommen, vor allem, weil sie immer Gefangene machen. Auf dem „Puan“ sind ihnen wohl keine Schätze in die Hände gefallen, dafür jedoch, wie gewöhnlich, Menschen, die mehr als Schätze wert sind. Sie haben auch diesmal ein paar Leute in ihre Schiffs- wärter mitgenommen und halten sie als Geiseln fest. Mißlingt der nächste Ueberfall und werden Seeräuber gefangen, dann erzwängen die Piraten deren Freilassung mit der Drohung, andernfalls die Geiseln zu ermorden. Die Entführten werden nur gegen die Bezahlung eines hohen Lösegeldes entlassen. Dabei zehlen die Piraten nicht übermäßig viel Parteigefühl. Zuerst bekommt die Familie des Geraubten einen freundschaftlichen Brief, sie möge binnen zwei Wochen eine bestimmte Summe dort und dort deponieren, wenn nicht, dann könne sie sich auf allerlei Gefahr machen. Wird pünktlich gezahlt, kommt der Gefangene frei, darin sind die Mörder absolut ehrlich. Wird aber nicht bezahlt, dann gibt es mannigfaltige Mittel gegen läumige Kunden. Die Obervezantin „Weiher Tiger“ sandte nach Ablauf der Frist mehr einen zweiten Brief mit Beilage, nämlich einem Ohr. Um zu zeigen, daß es ihr wirklich Ernst ist. Rühre das nicht, dann kam ein dritter Brief mit dem andern Ohr und der Aufkündigung, daß im vierten eine neue Ueberfallung liegen würde. Da zählten die darin enthaltenen. Es ist ein etwas rauher, doch recht einträchtlicher Beruf, die Seeräuberei in Südchina.

# Pariser Berichte

## Pariser Straßenkalender

Die Ortsgruppe Paris der deutschen Liga für Menschenrechte hielt eine Mitgliederversammlung ab, in der nach dem Weggange des nach Lyon berufenen Professors Gumbel über die Tätigkeit der Liga berichtet wurde.

Der französische Abgeordnete Bergery, wiederholt im Kampfe gegen die Hitlerbewegung hervorgetreten, zuletzt parteiloses Mitglied der Kammer, hat den Entschluß ausgeführt, sein Mandat niederzulegen.

Eine Stoffpuppe, die die streikenden Pariser Chauffeurs unter dem Eiffelturm vom pont d'Jéna symbolisch in die Seine geworfen haben, war ein zweiköpfiges Wesen, das wahrscheinlich die beiden Männer vorstellte, die das jetzige Reglement für die Taxis gemacht haben.

In der etwas in Vergessenheit geratenen Sittenaffäre Violette Nozière fand ein neuer Termin in Gegenwart von Mutter und Tochter statt, in dem die Mutter erneut behauptete, daß die Violette einen Mitwisser habe. Der Prozeß Violette wird wahrscheinlich erst in geraumer Zeit stattfinden können.

Wie wir hören, wurde die einzige von Göbbels zugelassene reichsdeutsche Uraufführung der „Marne“ des in Paris lebenden Dichters Paul Raynal, übersetzt von H. A. von Maltzahn, verschoben. Die Premiere sollte anlässlich des „Dramatikerkongresses“ am 23. Februar in Erfurt stattfinden.

### Die Verhöre im Stavisky-Prozeß

Aus Bayonne wird gemeldet, daß Bonnaire, der Abgeordnete von Paris 3, „glücklich“ ist, in der St.-Leo-Klinik untergebracht zu sein. Er sitzt dort in einem Krankenstuhl und liest Romane, Zeitungen bekommt er nicht. Wenn eine Krankenschwester oder ein Arzt vorbeigeht, schließt er die Augen. Ein Polizist ist bei ihm und bewacht das Leben des Stavisky-Anwalts, der mit dem „schönen Alexandre“ so oft nach Budapest fuhr und so schöne Anzüge trug. Mittlerweile hängen immer noch in Paris in der Nähe der rue Boubourg, in der der wohlbeliebte Advokat wohnte, die Zettel mit der Inschrift: „A la porte Bonnaire“, die seine Wähler veranlassen, sich in Listen einzutragen, damit der Angeschuldigte sein Mandat niederlegt.

Zwei hohe Insassen der „Villa Kummer“, der Bürgermeister Garrat und der Sparkassendirektor Tissier haben jetzt respektvoll stets in der dritten Person voneinander gesprochen („der Direktor“, „der Bürgermeister“), als sie wegen der faulen Bons vernommen wurden. Nur wenn es sich um die Verantwortlichkeit handelte, ob Garrat, ob Tissier das Hauptkornickel war, gingen sie aufeinander los.

Garrat vor allem bestritt alle Schuld. Er ist nur unbedacht gewesen, vertrauensselig, er war selbst ein Opfer.

Tissier hingegen hat rund und nett zugegeben, daß er die Papiere gefälscht hat. Am 16. Mai 1931 übernahm er die Leitung der Sparkasse als Nachfolger eines provisorischen Direktors Mora, und fand nur 230 000 Franken im Geldschrank vor. Seine Eintragung lautete aber über 7 785 500 Franken, also über 7,5 Millionen mehr. „Das war ganz einfach“, sagte Tissier, „das Geld hatte ich nicht, weil die Bons in Paris von Stavisky eingekassiert waren. Also, um meine Buchhaltung in Ordnung zu bringen, trug ich eine Summe ein, wie wenn ich das Geld in der Kasse hätte.“ Auf der Rückseite seines Berichts gab Tissier auch die einzelnen Scheine an: 7700 Tausendfrankenscheine, der Rest in Noten von 500 und 100 Franken.

Seelenruhig bezeugte Tissier dann einen alten Knaben Garric, der in Südfrankreich als Einnehmer in Pension lebt. Dieser Garric soll alles gemerkt haben, der mußte jeden Tag revidieren: „War er denn blind?“, fragte Tissier, „oder war er bloß blind gemacht?“

„Und Sie, Herr Garrat? Was sagen Sie davon?“, fragte der Untersuchungsrichter.

„Ach — ich... Ich hatte doch nichts mit der Buchhaltung zu tun. Ich bekam doch die Kassenberichte nicht zu Gesicht. Ich wußte nicht Bescheid.“

„Und wer bestimmte, daß die Bons von 40 auf 80 Millionen vermehrt wurden — das war am 16. Juli 1931?“

Tissier: „Herr Josef Garat natürlich. Er erklärte mir extra, daß er eine mächtige Kreditoperation im Auge habe.“

Garat: „Total falsch. Ich verbitte mir das. Allein der Direktor ist berechtigt, einen solchen Vorschlag vorzubringen.“

Im ganzen liegen sieben falsche Bons vor, deren Scheckbuch über 100 Millionen lautet, während die einzelnen Bons sich auf zwei bis fünf Millionen beziffern. Die Gesellschaft „La Confiance“ hat sie nicht placierte — wer also? Tissier? „Niemand im Leben“, sagt Tissier, „weder echte, noch falsche Bons.“

Tissier soll aber versucht haben, bei einem großen Juwelengeschäft in Biarritz einen Bon über eine Million los zu werden. Er bot ihn für 600 000 Franken an, aber dem Inhaber des Ladens schien diese Sache zu faul.

Anschließend an diese Vernehmung ab Tissier, wie gemeldet wird, seine Suppe und einen Kessel mit Harricots.

In der „Villa Chagrin“ strebt inzwischen erheblich ins Freie Pierre Darius, der hitlerfreundliche Mulatte, der dem gewissen deutschen Korrespondenten so gut bekannte Louis Thoma in „Midi“ Unterkunft gewährte — wo er so eifrig für Verständigung mit dem Hakenkreuz warb. Aber dieser edle Apostel ist jetzt so ganz verschwunden, während sein halbrassiger Meister im Verhör vor dem Untersuchungsrichter in Bayonne erscheinen mußte.

### Rita Georg und der Stavisky-Prozeß

#### Spionage für Hitler-Deutschland?

Der Star des zusammengebrochenen Empire-Theaters, dessen Operettenglück bis zum Sturze des Meisters dessen Vertrauter Hayotte leitete, war bekanntlich Rita Georg. Die kluge Ungarin, auch in Berlin nicht unbekannt, hat gleich nach dem Aufdecken der Bayonne-Bons die Erklärung abgegeben, daß sie Stavisky überhaupt nicht kenne. Man durfte allerdings von vornherein einige Fragezeichen hinter diese Improvisation der Diva machen. Jedenfalls hielt die Ungarin es für angebracht, sich von Paris nach dem Süden zurückzuziehen und dann nach Wien zu fahren.

71, rue de la Rochechouart  
**Deutsche Poliklinik**  
 Paris, 02, Rue de la Rochechouart

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten.  
 Innere Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Röntgen, Diathermie, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Blat-, Harn- u. Geschlechtskrankheiten

b) Chirurgie  
 Zweistöckige Ambulatoriumsgebäude, Kleins-, mittlere und große Chirurgie. Die allermodernste Einrichtung

c) Geburtshilfliche Klinik  
 Vierstöckiges Gebäude, Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 5 Aparate, 3 Hebammen und 2 Operationsäle.

d) Zahnärztliches Kabinett  
 Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, -Brücken, Kautschukarbeiten

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

**Steuerfragen  
 Gesellschafts-  
 gründungen**

Wenden Sie sich an  
**F. BRIQUEU**  
 LICENCE EN DROIT

ehemaliger Kontrolleur der direkten Steuerbehörden, um vom offiziellen Standpunkt aus beraten zu werden.

25, Bd. Bonne-Nouvelle,  
 PARIS (2), Telefon Louvre 22-93

**SEROKLINIK VON PARIS**  
 71, Boulevard de Clichy - Metro Blanche

Harnleiden, chronischer und irischer Tripper, Milztüchtigkeit, Cystitis, Prostata, FRAUENLEIDEN: Blutkrankheiten, Venenentzündung, Hämorrhoiden, Syphilis, Haut- und Kopfhaarkrankheiten, Ausschlag, Psoriasis, - Neue Behandlungsmethode auf elektrischem Wege und durch ultraviolette Strahlen, Serotherapie und Auto-Hemo-Therapie - Mässiges Honorar, Konsultationen von 9-12 und 14-20 Uhr, Sonntags von 9-12 Uhr.

**Doktor Wachtel  
 und Doktor Axel**

Geschlechtskrankheiten, Männer und Frauen

123, Bd. Sébastopol. - Sprechstunden v. 9-12 u. 2-8 Uhr; Sonntags vormittags 9-12 Uhr, Nachmittags 2-8 Uhr.  
 Sprechstunden täglich von 5 - 7 Uhr.

**Dr. Spécialiste**  
 96, rue de Rivoli - Metro: Châtelet

**RADIKALE HEILUNG VON BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN**

Heilung von Krampfadern und offenen Beiswunden  
 Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität, Impfungsvorgang, Trypsin, vinn Einspritzungen  
 Blut- und Harn-Untersuchungen, Spektralanalyse, Salvarsan, Wismut usw.  
 Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-5 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr  
 Konsultationen von 25 Fr. ab.  
 Man spricht deutsch

## Inserieren bringt Gewinn

Die ganze Stavisky-Affäre bekommt jetzt einen noch sensationelleren Anstrich, als ohnehin schon, durch einen Artikel des „Journal“, der die Stavisky-Clique ziemlich deutlich verdächtigt, auch Spionage für Hitler-Deutschland getrieben zu haben. In diesem Zusammenhang nennt das Blatt auch die Pariser Beziehungen der Rita Georg zu Marianne Kupfer, die in einem Etablissement der rue du Colisée auftrat und jetzt in London engagiert ist.

Im Hause numéro 4, rue Arsène-Houssaye sollen Stavisky, der Revue-Direktor Hayotte, Rita und wahrscheinlich auch Marianne Kupfer öfter zusammen gekommen sein.

Das „Journal“ schreibt unmißverständlich, daß die Stavisky-Leute Spionage-Unternehmungen erleichtert hätten und daß die Geschichte der „ungarischen Optanten“ (das ist das letzte Schwindelgeschäft Staviskys) an den Ufern der Spree eingefädelt sei.

Die Pariser Polizei bewahrt, so bemerkt das Blatt weiter, eine große Reserve über diesen Fall.

Was uns angeht, so geben wir lediglich, ohne Einmischung in diese Skandalaffäre, die Gerüchte weiter, die das große und angesehenen Nachrichtenblatt der französischen Rechten verbreitet.

So ganz nebenbei erkundigt man sich aber vielleicht in diesem Zusammenhang auch nach den Hintermännern des in Bayonne festgehaltenen Mulatten Darius und nach der Tatsache, warum M. Louis Thoma jetzt nicht mehr über seine Liebe zu Hitler-Deutschland und seinen Tournée-Plan durch ganz Frankreich spricht.

### Der Tote vom Tunnel von Dijon

Paris, 22. Februar mittags.

Schillers Ballade von den „Kranichen des Ibykus“, wird sie noch in den Hitler-Schulen gelernt? Kommt es noch vor, daß „heimlich ein verborgener Feind“, der einen Sänger tötet, gefunden wird? Sind die Mörder von Bell, von Hanussen, von Mitwissern des großen Geheimnisses der Hintertreppenpolitik der Weltgeschichte gefunden worden?

Warum wir das schreiben? Weil die entsehlene Blutlatte an dem Pariser Richter Prince so grauenhafte Ähnlichkeit mit den Untaten an Waldstreifen und Verschleppungen von Opfern im Reiche Potempa hat. Wie nach dem Muster der SA. ist das alles... Wir wissen nicht, ob die SA., die ihre Zellen in Frankreich unterhält, ihre Hände im Spiel hat und wir wollen nichts gerichtlich Unbewiesenes behaupten. Aber es ist bestimmt so, als wenn die Mörder von Hanussen und Bell hier Lehrmeister wären...

Der Leichnam eines hohen Richters, des Rates am Appellationsgericht zu Paris, Prince, wird gefunden. Es sind die Reste eines Juristen, der am genauesten die trübe Flut Staviskys kennt. Jetzt hat sie ihn am Vorabend seiner Vernehmung vor dem Gericht hinweggeschwemmt. Der tote Alexandre, der im Bergfriedhof von Chamonix liegt, hat noch gespenstisches Leben. Vergiftet, gefesselt, auf die Schienen geworfen, der Kopf abgefahren, die Glieder zerstückelt — so, jetzt kannst du nicht mehr reden! So sprach schon ein anderer zu dem Leichnam van der Lubbe. So sprach auch der Gangster von Dijon zu seinem Opfer, das vor dem Untersuchungsausschuß der französischen Kammer zeugen sollte.

Seltsame Dinge in dieser Schauerballade, die zeitlich mit der neuen Spionage-Sensation der Stavisky-Affäre zusammenfällt. Seltsame Dinge... Das Telegramm, das der Mörder von Dijon unter dem Namen des Opfers aufgegeben hat, nennt den Namen des Hausarztes falsch; der alte Hausarzt der Mutter heißt Ehringer — das Telegramm nennt ihn Hellingner. Eigenartig diese Verwendung eines anderen deutsch klingenden Namens. Der neue Timotheus muß deutsch gekannt haben... Dann ist da diese Verbindung Stavisky mit Rita Georg, dem Revuestern, und der Wédekind-Schauspielerin Marianne Kupfer. Dann die Beziehung des Mannes, der unzweifelhaft für Ungarn und wahrscheinlich auch für Deutschland des Geldes wegen Propaganda trieb, mit dem Industriellen Boch-Bauer, der in der deutschen Botschaft verkehrte. Dann ist da Darius, der Mulatte, mit den Hintermännern der Zeitung „Midi“, die sicherlich Herrn Friedrich Sieburg, den Nazi-Geldverteiler für Frankreich, kennt — und von denen Louis Thoma eine Campaigne in allen Departements Frankreichs vorhatte. Dann ist da Dubarry von der „Volonté“, dessen Spuren ebenfalls direkt nach Berlin führen. Sehr viel schöne Adjektive für Herrn von Heimburg, wenn er das nächstemal wieder an der Seine über das „dritte Reich“ redet!

Wie gesagt, wir erwähnen diese Perspektiven nur, wir

behaupten nichts, uns fällt nur die scheinliche Ähnlichkeit dieses Gangster-Verbrechens mit den Verbrechen der Mörder auf, die einen Theodor Lessing oder die Brüder Rotter auf fremdem Boden erjagten und eben wieder um Thälmann Leichen häuften. Diese sind hier Lehrmeister gewesen. Sie haben das Modell von Dijon gestellt.

Die Schillersche Ballade ist fast vollendet: „der nackte Leichnam ward gefunden“, der Gastfreund in Korinth erkennt ihn mit Entsetzen, und schwer und ernst nach alter Sitte umwandeln Rachegötterinnen das Theater... Doch wo die Spur, die aus der Menge? „Sinds Räuber, die ihn feig erschlagen?“ Seids Ihr, Würdenträger des Stavisky? Bist du's, Timotheus auf den höchsten Stufen? — — —

### 100 000 Franken Prämie

#### Die Regierung untersucht

Nach einer Beratung zwischen dem Ministerpräsidenten, dem Justizminister und dem Innenminister über den Mordfall des Gerichtsrates Prince hat die Regierung eine Prämie von 100 000 Fr. ausgesetzt für diejenigen Angaben, die zur Ermittlung des Mörders führen. Die Aussetzung solcher Prämien ist in Frankreich eine Seltenheit; daß die Regierung dazu greift, zeigt, welche Bedeutung sie dem Falle, angesichts der Erregung in der Öffentlichkeit beimißt.

## BRIEFKASTEN

Dr. F. Sie machen uns darauf aufmerksam, daß der Landesbischof von Osnabrück die Genehmigung der Konfirmation im Dienstanzug der Hitlerjugend mit „der Festlegung vieler Eltern der Konfirmanten“ begründet. Das spricht nicht sehr für das große nationalsozialistische Aufbauprogramm. Unter dem früheren „Sukem“ konnten sich doch noch die allermeisten Eltern ein Sonntagsgewand für die Konfirmanten leisten.

Für den Gesamthalt verantwortlich: Johann Wig in Duderstadt; für Inserate: Otto Rubin in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5. — Schließfach 770 Saarbrücken.

**„Deutsche Freiheit“**

**Abonnementspreise:**

	im Monat	Einzelverkauf
Saargebiet	fr. Fr. 12,—	0,60
Frankreich	fr. Fr. 12,—	0,60
Luxemburg	belg. Fr. 15,—	0,70
Belgien	belg. Fr. 15,—	0,85
Neubelgien (Eupen-Malmédy)	belg. Fr. 12,—	0,50
Holland	fl. 1,50	0,12
Dänemark	Kr. 3,20	0,20
Schweden	Kr. 2,60	0,20
Schweiz	schw. Fr. 2,40	0,20
Oesterreich	Schilling 7,50	0,30
Tschechoslowakei	Kr. 30,—	1,20
England	sh 4,—	3 d
Palästina	sh 4,—	—
Spanien	Peseta 6,—	—
Polen	Zloty 4,20	—
Rußland	Rubel 1,—	—
Argentinien	Peso 3,—	—

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Portogebühren vom Besteller mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten.